

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4158) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 60 Pf., zzgl. Postgeb.

Redaktion:
Dr. Bruno Schoenlank.

Inserate werden die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Belegausgaben 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein. — Ausgegebenen Inserate können nicht wieder zurückgegeben werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Leipzig, 14. Juni.

Man schreibt uns:

Nichts verständlicher, als daß die Vereinsgesetz-Aktion der preussischen Regierung die Frage der Stellung der Sozialdemokratie zu den preussischen Landtagswahlen wieder zur Erörterung gebracht hat. Die Partei ist einig in der Erkenntnis der dringenden Gefahr, die der gesamten innerpolitischen Entwicklung nicht nur Preußens, sondern des ganzen Reiches von der vereinigten Reaktion droht, deren Hauptmacht das ostelbische Junkertum bildet. Und es ist deshalb auch auf der ganzen Linie der Partei kein Widerspruch zu Tage getreten, als das Manifest der Fraktion erklärte, daß es jetzt gelte, „in erster Linie den Kampf gegen das Junkertum zu führen, das die verkörperte Reaktion, der geschworene Feind des Bürgers und Bauern und insbesondere des Klassenbewußten Arbeiters ist.“ Den Hauptstützpunkt dieses Feindes aber bildet der preussische Landtag, in dessen Abgeordnetenhaus die Junker zur Zeit die herrschende Partei sind, mit der nur wenige National-Liberale zu stimmen brauchen, um jeder reaktionären Maßnahme eine absolute Mehrheit zu sichern. Unter diesen Umständen wäre es sicher geradezu unbegreiflich gewesen, wenn die Partei, die zur Bekämpfung und Niederwerfung des preussischen Junkertums und der mit ihm verbündeten reaktionären Gewalten alle verfügbaren Mittel anzuwenden entschlossen ist, blindlings an der Frage hätte vorbeigehen wollen, ob denn die von ihr bisher geübte Nichtbeteiligung an den Wahlen zu eben diesem Landtage angesichts der politischen Lage noch weiter als richtig anzusehen und aufrecht zu erhalten sei oder nicht.

Aber man kann von der Notwendigkeit einer solchen Erörterung durchaus überzeugt sein, ja selbst dem Wunsche nach einer Aenderung der bisherigen Enthaltungstaktik freundlich gegenüberstehen und doch den bisherigen Verlauf der Sache als recht unbefriedigend empfinden.

Es ist unabweisbar, daß die Sozialdemokratie von ihren ersten Anfängen an in ihrer erdrückenden Mehrheit sich gegen jede Beteiligung an den preussischen Klassenwahlen erklärt hat. Oder, besser gesagt, sie hat — mit geringen Ausnahmen — über eine solche Beteiligung kaum je weiter nachgedacht, sondern die Enthaltung einfach als das Selbstverständliche angesehen. Man erinnere sich nur an die Parteidebatte, die 1893 über diese Frage stattgefunden hat und auf dem Parteitag zu Köln zum Abschluß gekommen ist. Die auf künftige Wahlbeteiligung gehende Anregung

Bernsteins wurde von einem Teil als eine „Korruption“ der Partei heftig bekämpft, von den meisten aber überlegen als gar nicht ernsthaft in Betracht kommend abgethan — die Enthaltung von jeder Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen „unter dem jetzt bestehenden Wahlsystem“ wurde vom Parteitag einstimmig als Pflicht der Parteigenossen erklärt. Wohl gemerkt: unter dem jetzigen Wahlsystem, nicht etwa nur für die augenblickliche Lage, also nicht aus Gründen der Opportunität, sondern aus Gründen des taktischen Principes. Das heißt: die Selbstverständlichkeit der Wahlenthaltung galt als ein Satz, der aus dem Wesen der Sozialdemokratie mit Notwendigkeit hervorgehe, und dessen Anzweiflung in den Verdacht entweder der Parteilosigkeit oder der politischen Unzurechnungsfähigkeit zu bringen geeignet war.

Heute aber, nach kaum vier Jahren, hat die Stimmung in der Partei so vollständig umgeschlagen, daß die Vertreter der alten, bisher als unantastbar geltenden Taktik, wenigstens soweit sie von sich haben hören lassen, bereits zu einer winzigen Minderheit zusammengeschrumpft zu sein scheinen. Unter den Wortführern der Mehrheit aber, die unsere Partei ohne Zaudern und mit klingendem Spiel zur Beteiligung an den preussischen Dreiklassenwahlen marschieren lassen will, stehen heute an erster Stelle, die sich sonst als die ganz besonderen Wächter der Principienreinheit zu betrachten pflegten, die Partei nicht eng genug als Nur-Proletariatspartei auffassen konnten und in jedem Kompromiß, jeder Verührung mit bürgerlichen Parteien die drohende Gefahr einer unabweisbaren Demoralisation und Verderbens erblickten.

Nun soll an dieser Stelle in keiner Weise darüber geurteilt werden, welche Taktik die bessere, die Partei fördernde sei, die der Enthaltung oder die der Beteiligung. Es sei auch ohne weiteres zugegeben, daß die veränderte politische Lage auch dem, der früher anders gedacht, jetzt mit guten Gründen eine veränderte Stellungnahme angemessen erscheinen lassen könnte. Ja wir können uns sogar leichtweg auf den Standpunkt stellen, daß, sobald die Wahlbeteiligung unserer Partei nur irgendwelche direkte oder indirekte Vorteile in Aussicht stellt, wir uns ohne jedes Bedenken für sie entscheiden sollen. Wir stehen also, wie man sieht, der Frage vollkommen frei, durch keinerlei eingebildete „principielle“ Fesseln gebunden, gegenüber.

Aber wenn ein Politiker, und um wieviel mehr, wenn eine ganze politische Partei, noch dazu eine solche von der Bedeutung der Sozialdemokratie, eine bisher konstant eingenommene Haltung in einem wichtigen Punkte ändern will,

so müssen sie für eine solche Aenderung triftige, zwingende Gründe anzugeben im Stande sein. Und weiter muß die Veränderung das Ergebnis reiflicher, eingehendster und gewissenhaftester Untersuchungen sein. Welches Bild bietet aber die Sozialdemokratie im Augenblick in der Wahlbeteiligungsfrage? Die preussische Regierung die Vereinsgesetznovelle einbringen und aus der Partei der Ruf nach kompletter Aenderung der Wahltaktik ertönen — das war fast eins. Und dann schwillt die neue Strömung schnell an. Man kann das ja eine mit elementarer Macht wirkende Bewegung nennen, und das Wort hört sich gut an. Wenn man aber hört, daß da und dort in und außer Preußen, ja selbst außerhalb Deutschlands, wo man die Einzelheiten des preussischen Wahlsystems und der unter ihm sich unserer Partei bietenden Erfolgsmöglichkeiten kaum genügend kennt, von Versammlungen schnell bereite Beschlüsse zu Gunsten der Wahlbeteiligung gefaßt werden, und daß selbst Provinzialparteitage zwar mit Recht den nächsten Parteitag um eine grundsätzliche Entscheidung der Frage anrufen, gleichzeitig aber die Parteigenossen auf Grund ganz unzureichender Kenntnis der Dinge schon im voraus für die Beteiligung festlegen wollen — dann müssen einem doch Zweifel über die Erfriehlichkeit einer solchen Bewegung aufsteigen.

Man wird einwenden: die dringende Gefahr, die Mobilmachung des preussischen Landtages gegen den Reichstag, der nahe Sturm auf das allgemeine Wahlrecht, der drohende Staatsstreik nötigen uns eine Aenderung der Wahltaktik auf. Aber das ist ja nichts als eine Umschreibung der Frage. Eine solche Aenderung kann sich uns doch nur dann aufdrängen, wenn dadurch eine Waffe gegen Junkertum und Reaktion geschmiedet, d. h. die Möglichkeit gegeben wird, die Zahl der konservativen Gewaltpolitiker im preussischen Landtage zu vermindern und dafür die oppositionellen Parteien zu stärken, vor allem aber — gleichviel auf welchem Wege — auch Sozialdemokraten in diese Körperschaft zu bringen. Daß diese Möglichkeit besteht, das ist also zu untersuchen und das haben uns diejenigen glaubhaft zu machen, die jetzt für eine so einschneidende Veränderung der Parteitaktik eintreten. Es sollte uns freuen, wenn diese Möglichkeit, und sei es selbst nur in einem bescheidenen Maße, geegelt werden könnte. Niemand sollte dann nachdrücklicher für Wahlbeteiligung eintreten, als wir, die wir der Meinung sind, daß die Gefahr der Lage gar nicht ernst genug aufgefaßt werden kann, und die wir deshalb jedes Mittel zu ihrer Beseitigung begierig ergreifen. Aber es muß auch wirklich eine Waffe sein, aus Metall, nicht ein Theaterrequisit, mit dem man wohl

Seuilleton.

Manuskript verboten.

Das Recht der Mutter.

Roman von Helene Böhlan.

Frau Professor Majunke war mit ihrer Ausdrucksweise zufrieden. Kristine blickte ganz verwirrt mit weit offenen Augen, die Worte taugten so unheimlich von Frau Professor Majunkes Lippen.

Da war sie ja wieder, die schreckliche Scene, die sich am Sterbebette ihres Vaters abgespielt hatte! Da läuteten wieder die wüsten Glocken — und wieder trafen giftige Blicke wie Blitze, und es wurden wieder Dinge gesagt, Worte gebraucht, die den Boden unter den Füßen fortrissen.

Kristine legte den Arm immer schützender um ihr Kind, legte die eine Hand ausgespreizt auf sein Köpfchen. Niemand sollte es schlagen und treffen können.

Und jetzt sah sie in Wirklichkeit Frau Professor Majunkens Hand im steifen schwarzedernen Handschuh, und diese Hand legte sich auf Peregrins Körperchen.

In Kristinens Seele stieg es wie eine Ahnung auf. „Fort von ihm!“ sagte Kristine fest.

Frau Professor Majunke war aber vollkommen vorbereitet auf einigen Widerstand, sie hatte sich mit Mathilde schon darüber auf der Fahrt ausgesprochen.

„Benehmen Sie sich doch nicht wie eine wilde Katze!“ rief Frau Professor Majunke. „Was denken Sie denn?! Sie sollen uns auf den Knien danken, daß wir gekommen sind, daß wir für das Kind sorgen wollen und retten wollen, was an Ihrem verlorenen Leben noch zu retten ist. Danken

Sie Gott, daß ein so weiser Wille, wie der Ihres edlen Schwagers, über Sie zu verfügen hat.“

„Gieb es ihr doch,“ sagte Mathilde mit sanfter, überredender Stimme. „Gieb ihr das Kind, es ist für alles so gut geforgt, Kristine.“

Frau Professor Majunke fiel ihrer Freundin in die Rede. Sie war sehr aufgeregt. „Kind, jagst du? Das ist kein Kind, meine Liebe, diesen heiligen Ausdruck bitte ich nicht zu mißbrauchen; in der Seele meiner armen Kinder schmerzt es mich, wenn ich denke, sie und dieses unberechtigte, sündhafte Wesen sollten denselben Namen tragen — nein, liebe Mathilde!“

Kristine stand ruhig, ihre Augen strahlten vor Erregung und Schmerz.

„Frau Professor Majunke,“ sagte sie ernst, „ich verstehe alles. Es ist nicht nötig, daß die Damen weiter sprechen. Ich will Ihnen ein einziges Wort sagen: Es ist mein Kind! Ich werde mich von meinem Kinde nie trennen, nie! Das bleibt bei mir!“ rief sie erregt. „Mein Vater hat mich auch nicht verlassen, und hatte kein böses Wort für mich, und keinen Zorn, und nur Liebe, und in seinem Namen handle ich.“

„Damit willst du doch nicht sagen, daß unser edler Verstorbener von deiner Schmach etwas ahnte?“

„Ich habe ihm alles gesagt,“ antwortete Kristine und neigte sich über ihr Kind, das unruhig wurde.

„Das ist nicht möglich, du lägst!“ rief Mathilde. „Du lägst schamlos — einen Toten im Grab zu beschimpfen!“

Da hob Kristine den Kopf hoch. „Herr mein Gott, solch einen Narren trug die Welt nicht, wenn das wirklich wahr sein soll!“ rief Mathilde. „Ich hab' es immer gesagt, Dattel Ahrensee hat die Kristine mit seinen unreifen Gedanken verrückt gemacht!“

„Mein Vater!“ Kristine war außer sich und ging mit fliegendem Atem auf Mathilde zu. Sie war bis in die Rippen bleich geworden. Vor ihrer Seele stand die Scene am Strande, als Mathilde vor ihrem Vater schon einmal beleidigend gesprochen hatte. Damals hatte sie eine Art Schwindel gefühlt und fühlte ihn jetzt wieder, einen verzweiflungsvollen Schwindel, eine unsagbare Qual, die Qual des stummen Tieres, das sprechen möchte, das seiner Jammer nennen möchte und nicht kann, und nicht verstanden wird.

„Ker!“ rief Kristine laut, fast unbewußt. „Ker, verlaß mich nicht!“

„Ker?“ sagte Frau Professor Majunke stehend.

„Ker,“ sagte Mathilde — „ja Ker! — Das brauchst du uns nicht zu sagen — Wir wissen alles. — Aber Ker — ich meine, dieser saubere Ker hat recht lange nichts von sich hören lassen — dieser Glende, den wir alle hassen!“

Statt Ker aber, den Kristine in ihrem Jammer angerufen, kam von seinem Posten Rotplätz angeschlürft und stellte sich neben Kristine.

„Nun und Ihre Mutter und Ihr Schwager und Ihre Schwester — die mögen es tragen, wie sie wollen,“ rief Frau Professor Majunke aufgebracht, „um die kümmern Sie sich kein Haar — ob die in Verachtung und Elend versinken — das ist Ihnen gleichgültig, wenn nur dies unsinnige, unnötige Geschöpf da gedeiht!“ — Frau Professor Majunke wies auf Peregrin mit einer Gebärde des Abscheus.

„Mein Schwager und meine Schwester sind ihre eigenen Herren,“ sagte Kristine wieder fest — „und meine Mutter — da rannen ihr die heißen Thränen herab und sie konnte nicht sprechen, sie preßte ihr Gesicht an Peregrins warmes Körperchen, der die ganze Zeit sehr geduldig und verständig gewesen war, nur manchmal hatte er gezappelt vor Ver-

gravitativ einerschreiten und sich auch selbst betrügen kann, dessen Nichtigkeit aber schnell an den Tag kommt.

Der Feind, den wir jetzt in erster Reihe zu betriegen haben, das preussische Junkertum, mag politisch wie wirtschaftlich so schlechte und volkschädliche Eigenschaften haben, als man nur immer denken will — man wird sich in dieser Beziehung gar nicht zu viel vorstellen können. Aber das Junkertum ist eine Klasse mit jahrhundertalter Herrscherübung und sicherem Herrscherinstinkt, die genau weiß, was sie will und ihren Willen, der noch dazu durch die Furcht vor dem drohenden Zusammenbruch ihrer ökonomischen Grundlage geschärft wird, mit brutaler Energie durchzusetzen sucht. Auf dieses Junkertum macht nur die materielle Gewalt greifbarer, harter Thatfachen Eindruck — für bloße Gefühlsausbrüche, und mögen sie sich in noch so großen Worten und noch so gewaltigen Drohungen ergehen, ist es vollkommen unzugänglich und hat es nur Geringschätzung. Und wenn schon jedes launenhafte Hin- und Herchwanken und jedes übereilte Fassen von Beschlüssen, über deren Durchführbarkeit man sich nicht im Klaren, für eine große Partei vom Uebel ist; wenn manche Parteitagbeschlüsse der letzten Jahre, wie der von Köln über die unausgeführte gebliebene Wahlrechts-Sturmbeziehung, die agrarische Frankfurter Ordre mit der nachfolgenden antiagrarischen Breslauer Kontorderbe und ähnliche mehr den notwendigen Ruf einer wohlüberlegten, stetigen und zielbewußten Parteipolitik nicht eben vermehrt haben: so ist es in der Phase des aktuellen, auf einen ganz bestimmten Punkt und auf einen unmittelbaren Erfolg gerichteten Kampfes, in dem wir uns gegenwärtig befinden, von geradezu ausschlaggebender Bedeutung, daß wir uns von jeder deklamatorischen Stimmungspolitik fernhalten und nur kühl berechnete, folgerichtige und unwiderstehliche Thatfachen in die Waagschale werfen.

Nur dann wird die Sozialdemokratie die Führung in dem Kampfe gegen das Junkertum behalten und das angestrebte Ziel erreichen können.*

Die Redaktion der Leipziger Volkszeitung wird in den nächsten Tagen ihre Stellung zu dieser Frage eingehend darlegen und begründen. D. Red.

Politische Uebersicht.

Der sechste österreichische Parteitag hat seine Verhandlungen am 11. Juni beendet. Er hat gute Arbeit gethan. Die lange und schwierige Entwicklung, so schreibt die Wiener Arbeiterzeitung, die unsere Organisation erfahren mußte, wollte sie in jedem Augenblick dem tatsächlichen Stande der Bewegung in dem Proletariat aller Zungen in diesem vielsprachigen Reiche entsprechen, ist zu einem Abschluß gebracht worden, der eine gewiß für längere Zeit ausreichende, feste Grundlage für die praktische Arbeit bieten wird. Es läßt sich keineswegs verkennen, daß die Verschiedenheit der Sprache die österreichische Sozialdemokratie zwingt, Hindernisse zu überwinden, die unsere Bruderparteien in anderen Ländern nicht kennen. Aber die Vielheit der Nationen, so schwierige Probleme sie uns stellt, verleiht dafür der proletarischen Bewegung Oesterreichs auch manche Vorzüge. Die Mannigfaltigkeit der Individualitäten und Temperamente, die reiche Gliederung der Partei verleiht ihr Schwung und Vielseitigkeit und hindert jeden Ansat zur Verkümmern, jede Neigung zum Uniformieren und Schematisieren. Gewiß macht die nivellierende Walse des Kapitalismus die wichtigsten Lebensbedingungen für die Proletarier aller Nationen gleich. Aber wenn sie es zuwege bringt, die Individualität der einzelnen zu verkümmern und zu zerstören, so vermag sie es nicht, die Volksindividualitäten auszulöschen. Die Sozialdemokratie ist weit entfernt von Gleichmaderci, sowohl was die Menschen als was die Völker anlangt; ihre beste Arbeit ist vielmehr dem hohen Ziele gewidmet, die freie Entwicklung der Persönlichkeit zu ermöglichen, Menschen und Völker von dem alles Persönliche erlösenden Kapitalismus zu befreien. Das verstehen nur freilich die Leute der alten, verfallenden und verfallenden Welt nicht, und der Internationalismus der Sozialdemokratie ist den „Juden ein Grenz und den Heiden ein Vergernis“. Aber gerade unser Parteitag hat gezeigt, welches lebendige Verständnis dafür die klassenbewußte Arbeiterschaft hat.

Eine „Attentats“ posse oder: Es zieht nichts mehr. Die Reise des Präsidenten der französischen Republik nach Rußland wird durch eine Sensationskomödie würdig eingeleitet. Herr Faure, genannt Felix I., hat nun auch, gleich König Umberto, sein „Attentat“, nur noch fragenhafter und faszinierender. Man höre, was das offiziöse Depeschencureau vom Sonntag meldet:

Eine offizielle Persönlichkeit, die den Präsidenten Faure bei der heutigen Fahrt zu dem Wettrennen in Longchamps bei Paris begleitete, erzählte in einer Unterredung mit einem Bericht-erstatler, daß man nahe am Dicksch bei der Kaskade im Boulogner Höhlchen angekommen, als man eine Detonation hörte und dichten Rauch aufsteigen sah, gerade als der Wagen des Präsidenten vorbeifuhr.

Es entstand einige Beunruhigung. Als sich aber herausstellte, daß niemand verwundet war, setzten der Präsident und seine Begleitung die Fahrt nach dem Hippodrom fort.

Zwei Polizisten stürzten sich fogelich ins Gebüsch. Sie fanden einen Kasten und mehrere andere Gegenstände, die sie an sich nahmen, sowie ein Papier mit den Worten: „Hinrichtung Felix Faures!“

Die Menge war über den Anschlag äußerst aufgebracht und als sie bemerkte, wie ein Polizeibeamter die Pulverröhre, die er soeben aufgehoben hatte, in den Händen trug, hielt sie ihn für den Schuldigen und schlug ihn mit Stöcken und Schirmen, so daß er blutüberströmt von anderen Polizeibeamten befreit werden mußte.

Die Vorrichtung, die bei der Vorüberfahrt des Präsidenten explodierte, war eine Röhre von 15 cm Länge, 6 cm Durchmesser und 2 cm Dike. Der Inhalt bestand aus Pulver und Reyposten. Ein Individuum, das bei „der Menge im Ver-bacht stand“, der „Urheber des Attentats“ zu sein und festgenommen wurde, heißt Gallet. Bei seinem Verhör durch den Polizeipräsidenten gab er fast keine Antwort. Auf dem Kolben der am Thortort gefundenen Pistole ist mit einem Grabstichel folgende Inschrift eingraviert: Felix Faure ist verurteilt. Elfab-Lothringen-Köln. Gallet gab die Erklärung ab, er sei ohne Beruf und wohne Rue Jiba Levallois. Dort wurde alsbald eine Hausdurchsuchung abgehalten. Man hält Gallet nicht für den Urheber des Attentats, man glaubt vielmehr, daß dies ein Verräter ist, der bei dem Vorüberkommen des Präsidenten durch Ausstoßen von Pulver die Aufmerksamkeit der Menge auf sich zog. Man vermutet, daß der „wirkliche Urheber“ in dem dichten Gebüsch verborgen blieb und entspringen konnte.

Außer dem bereits genannten Gallet sind auch ein ebenfalls in der Rue Jiba Levallois wohnender Bruder Gallets sowie ein in Gentilly wohnender Getreidehändler Laurin unter dem Ver-bachte verhaftet worden, an dem Anschläge auf den Präsidenten Faure beteiligt zu sein. Alle drei Personen wurden jedoch, nach-dem die in ihren Wohnungen vorgenommenen Hausdurchsuchungen und das von dem Untersuchungsrichter Alhalin mit ihnen angestellte Verhör Beweise für ihre Schuld nicht erbracht hatten, Mitternacht wieder in Freiheit gesetzt.

Dieser offiziöse Bericht spricht für sich selber. Ein Fast-nachlässchitz ist verübt worden, eine Pulverröhre explodiert, während Felix I. vorbeifährt. Wer diese Röhre hat springen lassen, weiß niemand. Daß sie keinen Schaden anrichtete, wissen wir. Die eifrige Polizei stürzt heldenmütig und todes-kühn ins Dickicht und findet niemand, ein Polizeibeamter wird gepörrgelt, die Unschuldigen werden verhaftet und wieder ent-lassen.

Ist's aber kein Dummejungenstreich, oder die That eines Wahnsinnigen, ei, so ist es vielleicht ein Taschenattentatsch. Die famosen eingravierten Inschriften und Todes-urteile passen für beides.

Warum soll Felix I., der „Väterchen“ den Bruderkuß gegeben hat und der sich zum Ergötzen der Pariser Spötter zur Reife nach Petersburg rüstet, nicht auch sein „Attentatsch“ haben, sensationell, gänzlich gefahrlos und gut inszeniert? Das thut nicht weh, giebt Relief, und die Pariser Polizei ist seit alter Zeit auf die allerliebsten „attentats do poohes“, die Taschenattentats, die schon zu den Theaterrequisiten des „Bürgerkönigs“ gehörten, wunderbar dreffert.

Solch ein Taschenattentat giebt der Polizei, deren europäischer Welttruf durch die französischen Tausch und die preussischen Andriens' ein für allemal besetzt ist, die heißersehnte Gelegen-

heit, ihre Unentbehrlichkeit zu demonstrieren. Sie öffnet die Schenken des kapitalistischen Enttäuschungssturmes gegen den Um-sturz und zeigt uns die Helben des Panama, der Südbahn-schwindeln, der Bank von Frankreich und des Gemebels von Jounmes in dem strahlenden Glanze eines musterghätigen Patriotismus. Die verachtete Autorität des Beberhändler-Präsidenten aber wird bei den Spießbürgern ein wenig auf-polirt und gefirnist.

Alles geht wie am Schmirchen, alles klappt.

Und wie wird Felix I. bewacht? Er ist, wie der Figaro erzählt, von einem mehrfachen Polizeiling umgeben. Sein Palast, das Elysée-Bourbon, wird beständig von einer Compagnie Sol-daten bewacht, die Schildwachen auf jeder der vier Seiten des um den Palast und seinen Park gebildeten Vierecks aufstellt. Am Haupteingang und an mehreren Thüren im Innern halten zahlreiche Stadigardisten Wache. Am Eingang hält sich auch gewöhnlich der Polizeioffizier auf, der seine Schutzleute um den Palast herumstreifen läßt. Die eigentliche Leibwache des Präsi-denten besteht aus zwanzig Geheimpolizisten, die drei Führer inbegriffen. Gewöhnlich sind sie in zwei Abteilungen geteilt, die sich alle 24 Stunden ablösen. Der Polizeipräsident bestimmt diese Leute, regelt ihre Gehaltsverhältnisse und stellt sie dem ersten Adjutanten des Präsidenten zur Verfügung, von dem allein sie Befehle zu erhalten haben. Bei Reisen gehen elf dieser Polizisten mit, wobei sie 10 Franken Zulage den Tag erhalten. Sie bilden sich dann in zwei Abteilungen, wovon die eine stets den Wagen des Präsidenten umgiebt, zwei auf der linken und drei auf der rechten Seite, auf der der Präsident sitzt. Der erste umschwärmt seine Leute, wie der Schächerhund die Herde. Diese Geheimpolizisten haben sich ausschließlich mit der Person des Präsidenten zu beschäftigen. Sie müssen ihn stets umgeben, auf alles acht geben, was um ihn geschieht. Alles übrige geht sie nichts an. Für die Reisen werden außer-dem, je nach Bedürfnis, 20 bis 35 Geheimpolizisten unter Befehl des Kommissars Hennyon aufgeboden.

Troßdem die gesprungene Röhre! Oder vielleicht gerade deswegen!

Wenn Carnot unter dem Dolchstiche Caserios fiel, ein tragisches Ereignis, so verpufft etwas Schießpulver in einem Glasröhrchen im stickernen und sichernden Dickicht, während Felix I. in der Staatskarosse vorbeijagt. Damals das Trauer-spiel, heute die Poffe.

Und die öffentliche Meinung läßt sich nicht nachführen. Viel-leicht stiftet sie dem leberkapitalistischen Reisepresidenten den vitterlichen Weinamen: Felix der Nichtgetroffene.

Aus Paris wird vom 14. Juni telegraphisch: „Auffallend ist es, daß gelegentlich der vorjährigen Nennen an der nämlichen Stelle eine ähnliche Explosion erfolgte. Die Polizei ist der Ue-sicht, daß es sich nur um einen schlechten Witz handle. Die Boulevardpresse hatte nach dem Vorfall sofort von einem Re- volverattentat und sogar von einem Bombenattentat zu berichten. Man glaubt, daß das Individuum, das gestern die mit leicht- entzündlichen Stoffen gefüllte Röhre bei der Vorüberfahrt des Präsidenten Faure zur Explosion brachte, irrsinnig ist, da von einem Attentatsversuch keine Rede sein kann.“

Wolffs Telegraphen-Bureau meldet vom 14. Juni: „Der Polizeipräsident machte über den „Anschlag“ auf den Prä-sidenten „ziemlich unbestimmte Angaben“. Die allgemeine Annahme geht dahin, daß die ganz roh ausgeführte Schieß-vorrichtung ein Bündloch hatte und mittels einer an einem Stabe befestigten Zunte zur Entzündung gebracht wurde. Im Augenblicke der Explosion, als der Wagen des Präsidenten herangefahren war, ist der „Uebelthäter“ entflohen. Uebri-gens ist man allgemein der Ansicht, daß die Vorrichtung nicht ge-eignet war, viel Ansehn anzurichten.“ Das glauben wir auch.

Nachschrift. In der soeben eingetroffenen Sonnabend-ausgabe des Pariser sozialistischen Blattes, der Petite Republique, schreibt ihr wipziger Plauderer Jean Mitron (Johann der Wäckerlehrling):

Man beschäftigt sich auf der Polizeipräfektur sehr ernsthaft mit einem Felix-Attentat, das einer der clous (Hauptlockmittel) der russischen Präsidentenreise sein wird. Man hat einen der gewandtesten Clowns des Neuen Cirkus dazu bestimmt, der, in Lumpen gehüllt, sich auf das Trittbrett der Kalesche stürzen und das möder-nische Gassen schwingen soll. Der getreue Ghinolle (ein Pariser Regierungsjournalist), soll den Arm des Verbrechers packen, der nach einem Scheinversteck durch ein Netz gefährlicher Sprünge dem Haufen der Agenten entfliehen soll. Ghinolle wird dafür das Kreuz des hl. Georg und einen Tabakverkösch kriegen.

Die lustige Prophezeiung ist eingetroffen, nur daß der „Uebelthäter“ unsichtbar blieb, und das Püßverchen im Dickicht verpuffte. Armer Ghinolle!

gnigen, gerade, wenn Frau Professor Majunke sich auf Kristine und ihn zu bewegte.

„Du giebst uns das Kind also nicht mit — und willst deine Mutter nicht auffuchen und mit ihr wie ein anständiges Mädchen weiter leben, wie es sich gehört? Noch weiß kein Mensch außer uns von der ganzen ekelhaften Sache — besinne dich, was du thust! — Wieb uns eine ernste, ruhige Antwort.“

„Ne!“ rief Kristine heftig in festester Entschlossenheit.

Notplätz setzte jetzt einen Fuß vor den anderen und schob vorgeneigt, wie er immer ging, auf die beiden Damen zu.

Für jemand, der Notplätz kannte, hatte das durchaus nichts Schreckenerregendes. Aber Frau Professor Majunke und Mathilde wichen ängstlich zurück.

„Geh mer — Geh mer nur!“ sagte Notplätz und rückte immer näher.

Wieder suchte er mit den Armen und machte allerlei geheimnisvolle Zeichen, was die Reisegefährtinnen außer-ordentlich beunruhigte. Es fuhr ihnen durch den Kopf, daß er seine Spießgesellen so anlockte. Kristine kam ihnen auch so verwildert vor, wie sie so sonderbar ruhig dastand, so blaß mit den klaren, blauen Augen, die wie im Fieber glänzten, wie sie das Kind an sich hielt mit einer so un-sinnigen Leidenschaft — wie ein Tier, das sein Junges nicht hergeben will, so hirnverbraunt, wo doch die einfache mensch-liche Vernunft hätte sprechen müssen! Sie kam ihnen vor, als wäre sie zu allem im stande, eine ganz Verzweifelte, vor der man sich in acht nehmen muß. Und die Damen retirierten mehr und mehr.

Notplätz, als er bemerkte, daß seine geheimnisvollen Zeichen nichts fruchteten, rief brummend nach dem Kutscher, immer auf den Boden schauend, wie das seine Art war:

„Brav — schon brav — das is andere Art bei uns. — Bei uns gemeine Leute — da is nich so Dings. — Wir machen's schon durch mit den Kindern — wir machen's schon durch — so oder so. Aber sch“, sagte Notplätz, als die Gefährtinnen durch sein unwiderstehliches Vorwärts-schurfen dem Wagen, der inzwischen gewendet hatte, zuge-trieben waren, „daß ich's nich vergeß, das richt' aus, daß sie dem Mädchen,“ — Notplätz machte eine nicht miß-zuverstehende Geste, — „Geld schicken sollen — umsonst thut's Mutter Birnstingel freilich nich. — Noch hammer schon — noch hammer schon — das schon — das thut's schon noch. — Aber nich vergessen — he?“ sagte er und schaute wieder auf die beiden mit seinem gutmütigen Lächeln. „Nicht vergessen — Sie?“

„Und wenn das Mädchen ihre Leute dahelm hat, da sagt ihnen von mir aus, daß ihr Mädchen im Walde ge-boren hat — wie ein verlaunenes Schaf — die Birnstingel hat's gefunden — daß Gott erbarm — Vergeh das och nich. Ihr beide werd, scheint's mit, Jungfern sein — na — da muß ma Ihnen manches nachsehen — was so ä Jungfer is. —

„Na, abseh, nichts für ungut.“ Frau Professor Majunke machte auf dem Rücken des Kutschers mit dem Sonnenschirmknäuf nicht mißzuverstehende Zeichen, daß er losfahren sollte.

Sie war so aufgeregt, daß ihr das Sprechen unmöglich war. Der Wagen setzte sich in Bewegung — die Räder knirschten leise auf dem weichen Sandboden.

Kristine stand immer noch auf demselben Fleck und starre stumpf auf den Wagen, so lange er zu sehen war; dann hob sich ihre Brust und ein Thränenstrom stürzte ihr aus den Augen und Peregrins Köpfchen wurde ganz naß von Thränen. Und ohne einen Schritt vor- oder rückwärts

zu thun, sank sie auf der Stelle zusammen, wo sie während der ganzen Zeit wie eine Bildsäule gestanden hatte und lauerete sich hin und weinte und weinte und schluchzte — und Peregrin spielte mit seinen spitzen Fingern in ihrem nassen Gesicht.

Frau Birnstingel auf der Thürschwelle hatte ihren alten Strickrumpf wieder in Gang gebracht und brummte allerlei vor sich hin. Notplätz schälte bei offener Thür Kartoffeln und seine beiden kleinen Zungen standen und schauten in aller Gemütsruhe Kristinen zu, wie sie weinte.

An diesem Abend noch ging Notplätz mit einem Brief in der großen Faust nach Blankenhain und steckte diesen Brief vorsichtig in die Spalte des Blankenhainer Postkastens, fuhr mit dem großen, breiten Zeigefinger bedächtig über diese Spalte hin, um auch zu spüren, daß der Brief wirklich und wahrhaftig unten im Kasten angelangt war, und schließlich kehrte er noch einmal um und beschaute sich den alten Wiedchasten von allen Seiten, ob auch alles in Ord-nung sei und ob er seine Sache, wie es sich gehörte, aus-gerichtet hätte. Kristine hatte ihm den Brief weinend an-empfohlen.

So gut und vorsichtig Notplätz auch das seinige in dieser Sache gethan hatte, und unter so heißen Thränen auch dieser Brief geschrieben war, so ist er dennoch nie an seine Bestimmung gelangt.

Wenn sich die lieben Nächsten auf Erden nicht in die Angelegenheiten mischen wollten, die sie nichts angingen, so würde manches ruhiger sich lösen. (Fortsetzung folgt.)

Humoristisches.

„Johann, gestern abend war ich wohl ein bißchen angeheitert?“ — „Jawohl, Herr Baron — du hast mit mir Brüderchaft getrunken!“

Deutsches Reich.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Eine schwere Majestätsbeleidigung wurde dem Bankkammerer Ernst Boese vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin zur Last gelegt. In der Nacht zum 13. Mai d. J., als sich das Kaiserpaar in Schloss Urvilla im Elsaß aufhielt, kam der Angeklagte auf den Posten, der unter den Fenstern der kaiserlichen Gemächer am Schloßplatz patrouillierte, zu und ließ unflätige Ausdrücke über die Abwesenheit des Kaisers fallen. Ein Schutzmann mußte einschreiten und den Angeklagten fesseln. Auch auf der Polizeiwache wiederholte Boese die Majestätsbeleidigungen. Nach dem Urtrage des Staatsanwaltes wurde auf eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten erkannt. Ist der Mann geistig normal?

Die Verhandlung im Wiederannahmeverfahren des wegen Majestätsbeleidigung zu 2 Jahren Gefängnis verurteilten Knechtels S. Paulsen aus Bamhule ist vor dem Hlenaburger Landgericht auf den 18. Juni festgesetzt. Der Hauptbelastungszeuge ist über die Grenze geflohen.

* Berlin, 14. Juni. Mit dem Kampfe der Berliner Polizei gegen die Getreidehändler im Berliner Feenpalast beschäftigt sich auch die amtliche Berliner Korrespondenz. Sie schreibt: „Der Verein Berliner Getreide- und Produzentenhändler der am 11. v. Mts. von dem Oberpräsidenten an ihn gerichteten Aufforderung, binnen drei Wochen eine Vorforschung zur staatlichen Genehmigung einzureichen, nicht entsprochen hat, ist nunmehr gegen die Fortsetzung der nach Ansicht der Regierung ungesetzlichen Versammlungen des genannten Vereins im hiesigen Feenpalast der Weg der polizeilichen Verfügung beschritten worden.“ Dann wird die Verfügung Windheims, des Vorgesetzten Laufs des Ehrlichen, abgedruckt, und zum Schlusse liest man: „Die Verhandlungen, die der Oberpräsident gleichzeitig mit der von ihm erlassenen Aufforderung mit Vertretern des Vorkomitees der Berliner Kaufmannschaft, der brandenburgischen Landwirtschaftskammer und des Vorstandes mehrerer Vereine eingeleitet hat, um auf den Boden der bestehenden Gesetze womöglich eine Verständigung der Beteiligten über die Wiederherstellung einer ordnungsmäßigen Produktionsherbeizuführen, werden durch die jetzt getroffene Maßregel nicht berührt und demnach fortgesetzt werden. Wenn der Verein der Berliner Getreide- und Produzentenhändler an der Auffassung festhält, daß die Versammlungen im Feenpalast nicht den Charakter einer Börse tragen, ist ihm nunmehr durch den Erlass einer polizeilichen Verfügung die Möglichkeit gegeben, die Frage im Verwaltungsstreitverfahren zur Entscheidung zu bringen.“ „Verührt“ der polizeiliche Eingriff wirklich nicht die Verhandlungen? Entgegenkommender werden deshalb die Getreidehändler gewiß nicht sein.

Kleinerlei Notizen über Produktpreise sind erschienen, ein auf die Dauer unerträglicher Zustand, unter dem die Landwirte am schwersten leiden werden. Je unsicherer die Verhältnisse, um so mehr werden gehandelt wird, um so höher die Prämie für die Vermittlung.

Der vom Kriegsministerium ergangenen Anordnung, daß bei Lieferungen in erster Reihe die Landwirte berücksichtigt werden sollen, und nur bei fehlendem oder zu teurem Angebot auf die Händler zurückgegriffen werden darf, sind, so schreibt die Zeitschrift für die Schlesische Landwirtschaftskammer, also ein Agrarierblatt, in Ermangelung von Angeboten aus erster Hand die Monopolkommissionen meist genötigt gewesen, schließlich hoch von den Händlern ihren Bedarf zu beziehen, und der erhoffte „direkte Verkehr zwischen Produzenten und Konsumenten“ ist mehr oder weniger „ein frommer Wunsch“ geblieben.

Wie die Berliner Börsenzeitung wissen will, beharrt der Kaiser auf seinem Wunsch, einen hohen Militär zum Staatssekretär des Reichspostamts zu machen. Vielleicht ist Drupfart v. Schellenborf dazu bereit?

In „gut unterrichteten Kreisen“ nimmt man an, daß die Kommandierung des Konteradmirals Tirpitz zur Vertretung des beurlaubten Staatssekretärs des Reichsmarineamts von längerer Dauer sein wird. Admiral Hollmann wird vorläufig auch weiter noch Staatssekretär des Reichsmarineamts bleiben, in welcher Stellung er in dem erst vor wenigen Tagen erschienenen amtlichen Nachtrag zur Rangliste der kaiserlichen Marine für das Jahr 1897 noch geführt wird. Daß Admiral Hollmann noch einmal die Geschäfte selbst im Reichsmarineamt übernehmen wird, darf allerdings als ausgeschlossen betrachtet werden. Es scheint nach alledem, als solle bei uns jetzt der russische Brauch eingeführt werden, die Minister nicht gleich zu Ministern, sondern zunächst zu „Verwesern“ des Ministeriums zu machen.

Der antisemitische Reichstagsabgeordnete Falk, der Knippelsfeld von Spenge, ist am Freitag abend in der Sophiengemeinde zum zweitenmal zum Prediger gewählt worden. Die erste Wahl war vom Konsistorium nicht bestätigt worden.

Über eine feltfame Spitzelaffaire beklagt sich der in Hamburg wohnende Herr Bruno Wagener, Verfasser einer Broschüre „Kaiser, höre die Wahrheit!“ Die Broschüre — die sich in direkter Rede an den Kaiser wendet, um ihn auf allerlei Mißstände aufmerksam zu machen und von ihm zu verlangen, er solle ein „Volkskaiser“ werden — war nebst einem Anschreiben vom Verfasser dem Kaiser zugesandt worden. Die Breslauer Staatsanwaltschaft hatte bekanntlich einen Majestätsbeleidigungsprozess angestrengt; hatte aber auch in der höchsten Instanz kein Glück; Wagener wurde freigesprochen.

In dem Vorwort einer soeben erschienenen neuen Auflage dieser Broschüre erzählt der genannte Verfasser nun folgendes: Es habe sich bei ihm ein Herr eingestellt, um ihm mitzuteilen, ein „guter Freund“ im Zivilkabinett des Kaisers habe ihm die Broschüre und das Begleitschreiben gezeigt, was recht wahrscheinlich klang, da der unbekannt Herr den Inhalt des Begleitschreibens sehr genau kannte. Er teilte mit, daß die Broschüre nie in die Hände des Kaisers gelangen werde, wenn nicht der Verfasser einen anderen Weg einschlage. Und diesen Weg habe ihm der „gute Freund“ im Zivilkabinett gezeigt. Die Briefe, die aus Deutschland an den Kaiser gelangen, öffne man im Geheimen Zivilkabinett und lege die nicht zur Vorlage geeigneten einfach ad aorta. Wenn aber der Verfasser — so habe der „gute Freund“ im Zivilkabinett gesagt — den Brief an seine Adresse gelangen lassen wolle, so müsse er den Brief aus England oder Amerika an den Kaiser richten lassen und als Absender auf der Rückseite Herrn Boultney Wigelow oder einen der englischen Verwandten des Kaisers — am besten mit beigedrucktem Siegel — angeben. Solche Briefe würden vom Kaiser selbst erbrochen.

Der Herr, der alle diese Dinge erzählte, sei ein Beamter der Hamburger Polizei gewesen, und der Verfasser habe

die Affaire und den Namen dessen vorgelegter Behörde mitgeteilt. Von der Hamburger politischen Polizei sei dem Verfasser darauf eröffnet worden, daß diese mit der Sache gar nichts zu thun habe, und daß der betreffende Beamte den geschickten Besuch zugegeben, der Sache aber eine harmlose Erklärung zu geben versucht habe. Dazu schreibt der Verfasser: „Lehteres glaube, wer da will! Einen Vorschlag, wie den oben gemachten, kann ein Polizeibeamter — auch wenn er nicht der Kriminalpolizei angehört — einfach gar nicht machen, ohne zu wissen, was für Folgen die Befolgung des Vorschlages für denjenigen hat, der darauf hereinfällt.“

Das Zivilkabinett des Kaisers hat auf verschiedene Anfragen an Herrn v. Bucanus über diese Angelegenheit nicht geantwortet.

Der VII. Verbandstag der deutschen Post- und Telegraphenassistenten fand gestern abend in den Dräsel'schen Festhallen statt. Oberpostassistent Fischbach eröffnete den Verbandstag mit einem Hoch auf den Kaiser. Der Verband erstreckt sich über das ganze Reichspostgebiet und ist in 30 Bezirke, 53 Ortsvereine und 10 Bezirksvereine gegliedert. Der Mitgliederstand beträgt 10700 gegen 8400 im Vorjahre. Zum Verbandstage sind an 500 Post- und Telegraphenassistenten erschienen. Redakteur Hubrich sprach über die sozialen Aufgaben der Reichspost- und Telegraphenverwaltung gegenüber dem Assistentenstande. Er behandelte die Lage des über 15000 Köpfe starken Postunterbeamtenstandes, die ein soziales Problem in sich birge. Staatssekretär v. Stephan sei unstreitbar ein weit durchschauender Staatsmann gewesen, aber kein großer Sozialpolitiker. Die Postverwaltung müsse dafür sorgen, daß der Assistentenstand so besoldet werde, daß er nicht zu darben brauche. Eine Nebenbeschäftigung gestatte die Postverwaltung nicht, insofern dessen sie für ein auskömmendes Gehalt Sorge tragen müsse. Dem Mediner wurde lebhafter Beifall gezollt. Als Ort des nächsten Verbandstages wurde wiederum Berlin gewählt.

Der Wandsbeker Knuten-Polizeichef Herr Schow hat sein Amt nunmehr gänzlich abgegeben. Aus Anlaß der Prügelaffaire ist Herr Schow, wie mitgeteilt wurde, vom Amte suspendiert worden. Er bezog seit seiner Suspension nur noch die Hälfte seines Gehalts. In der Stadtvertretung war man bemüht, in Anbetracht des Umstandes, daß das Straf- und Disziplinarverfahren gegen Herrn Schow noch lange anbauern wird, diesen zur freiwilligen Aufgabe seiner Stellung als Stadtrat und Polizeichef von Wandsbek zu bewegen. Verhandlungen mit Herrn Schow führten zu der Vereinbarung, daß Herr Schow sich bereit erkläre, seine Stellung aufzugeben, wenn ihm das volle Gehalt bis zum Schluß dieses Jahres gezahlt würde. Diese Vereinbarung ist von den städtischen Kollegen einstimmig genehmigt worden, so daß also Herr Schow sein Gehalt bis zum Schluß dieses Jahres erhält und dafür sofort aus dem städtischen Dienst scheidet.

* Von den Dänen. Die Wahl des Herrn B. Petersen zum Gemeindevorsteher in Scherrebøl (Schleswig-Holstein) ist vom Landrat nicht bestätigt. Es ist dies das dritte Mal, daß die Wahl kassiert worden ist. Ob die Wähler das nächste Mal wohl zu guten Praxen geworden sind?

Breslau, 13. Juni. Die Verwaltung der berechtigten Kleophasgrube hat der Breslauer Zeitung zufolge von dem Regierungspräsidenten mit Rücksicht auf den großen Arbeitermangel die Erlaubnis zur Einstellung von 60 galizischen Arbeitern erbalten. Am Dienstag sind diese Arbeiter auf der Kleophasgrube eingetroffen und sämtlich in dem Schlafhause der Grube untergebracht worden. Jedenfalls werden auch die anderen Gruben der hiesigen Gegend, die durchweg über Arbeitermangel klagen, die Genehmigung zur Beschäftigung galizischer Arbeiter nachsuchen. Seit Jahren ist eine solche Genehmigung nicht mehr erteilt worden. — So „germanisieren“ die deutschen Grubenbarone!

Stuttgart, 12. Juni. Der volksparteiliche Führer und Kammerpräsident Bayer feiert heute seinen 50. Geburtstag. Die Kammer machte ihm ein prächtiges Rosenbouquet mit der aus Nellen hergestellten Biffer 50 zum Präsent. Die Rosen waren — wohl nicht ohne Ueberlegung — ganz blaßrot gewählt; das läßt eine zwiefache Deutung zu: die eine, daß die Volkspartei schon sehr abgeblüht ist, die andere, daß der Minister v. Bischof und dessen Kollegen, die vor dem roten Tuch Abgehen haben, nicht gereizt wurden. Feiertliche Veranstaltungen zu seinem Geburtstage hatte sich Bayer verboten.

Zu der zweiten Kammer wurde die Beratung der Steuerreform fortgesetzt. Eine wichtige Aenderung besteht darin, daß künftig Hausbesitzer den Wert ihrer eigenen Wohnung und Lustgärten mit versteuern müssen. Bisher hatte jeder Hausbesitzer das Recht, den Miwert der von ihm selbst benutzten Wohnung vom Wert des Hauses in Abzug zu bringen, während jeder Mieter im Betrage seines Einkommens zugleich auch die Ausgabe für Wohnungsmiete mit versteuern mußte. Eine Unge rechtigkeit, die in die Augen springt, die aber nun aufgehoben wird.

Die Anträge auf Steuerfreiheit der Unterrichts- und Wohltätigkeitsanstalten, mit denen Gröber gestern abgelehrt war, suchte der gelebete Parlamentarier heute in veränderter Fassung durch Einschaltung zweier neuer Biffern einzuschmuggeln, womit er aber kein Glück hatte. Er verlangte gestern Steuerfreiheit für das gesamte Einkommen dieser Anstalten, heute für das Einkommen aus Kapital und Renten.

H. Hausmann verlor das Spiel, indem er hervorhob, die Anstalten würden, wenn der Antrag Gehey werde, ihre Besitztümer eiligst in Kapital und Renten anlegen. Der Führer der deutschen Partei, v. Boß, der bei der Entscheidung über die Steuerfreiheit der kirchlichen Fonds zum Centrum hielt, löste heute sein Fraktionskollege Sachs ab, der sich die Extravaganz erlaubte, den Antrag Gröber zu bekräftigen, während seine ganze Fraktion dagegen stimmte. Der Antrag wurde mit 44 gegen 37 Stimmen abgelehnt.

Mit einem zweiten Antrag bezweckte Gröber die Steuerfreiheit der Wohltätigkeitsvereine und er gab sich die erdenklichste Mühe, wenigstens diesen zu retten — vergebens. Kein anderer als der Kanzler der Universität v. Batzfäder goß die Schale seines Sarkasmus darüber aus, daß man sich heute noch dem Wahne hingäbe, auf dem Wege der Wohltätigkeit soziale Probleme zu lösen. Die beste Wohltätigkeit könne gegen den Sozialismus nicht helfen. Sogar der Prälat v. Bechler wandte sich gegen den Antrag Gröber, während der konservative Abg. Schrempf, der die Ehre hat, Beutelsbach, das Gebiet des Schnitthausen'schen Schloß zu vertreten, Gröber beispiegelte, gleich zwei weiteren Mitgliedern der Prälatenbank. Der Antrag wurde mit 39 gegen 45 Stimmen abgelehnt. Beiden Anträgen Gröbers stimmte der Volksparteiler Schumacher zu! Die vom Prälaten v. Sandberger verlangte Steuerfreiheit für die Centralleitung des Wohltätigkeitsvereins wurde, obgleich

die Regierung dem bezüglichen Antrage zustimmte, gleichfalls abgelehnt.

Bei dem Kapitel, das von der Besteuerung der Lotteriegewinne handelt, machte Rembold (Centrum) den Vorschlag, auch Spiele und Wetten zu besteuern. Er fand auch Gegenliebe, sogar bei H. Hausmann. Da man aber nicht wußte, wie die Sache anzufassen und — durchzuführen sei, verzichtete man auf die Annahme des Rembold'schen Antrages.

Freiherr v. Düw beantragte, vom steuerbaren Einkommen die direkten Staats-, Amts-, Körperschafts- und Gemeindesteuern in Abzug bringen zu dürfen und begründet das damit, daß so ein Großgrundbesitzer, wie z. B. er, mit Steuern ganz horrend belastet sei. Während Gähule (Sp.) dem Antrag Sympathie entgegenbringt, will Rembold (Centrum) einer solchen Begünstigung des Kapitals nicht zustimmen.

In meinem Bericht von vorgestern ist richtig zu stellen, daß v. Boß nicht gegen, sondern für und seine Fraktion gegen die Steuerfreiheit der Kirchenfonds gestimmt hat.

Saarbrücken, 13. Juni. Die Entscheidung des evangelischen Oberkirchenrats in Sachen der Beschwerde des Freiherrn v. Stum über die bekannte Proschüre der Geistlichen des Saarreviers ist bei der Synode Saarbrücken eingetroffen. Der Oberkirchenrat tadelt zwar, laut der Stimmzettel Saar- und Bieszeitung, „das Erscheinen der Proschüre nach verschiedenen Richtungen“, sieht aber von dem Eintritt in Feststellung aller Einzelheiten der darin erörterten Thatsachen ab, die nur dann geboten sei, wenn die Angelegenheit zur Erwägung disciplinärer Maßregeln angethan sei. Dies sei nicht der Fall, weil die Geistlichen durch zum Teil verlebende Angriffe in begreifliche Erregung versetzt worden seien. Der Oberkirchenrat hofft auf Wiederherstellung des friedlichen Verhältnisses.

Kleine politische Nachrichten. In Königsberg sind am 10. Juni insgesamt 23130 Stimmen abgegeben worden; die Zahl der Wahlberechtigten aber betrug 85171. Die Wahlbeteiligung betrug 68 Prozent, während 1893 von 81158 Wahlberechtigten 77,9 Prozent sich an der Wahl beteiligt haben. — Die Hamb. Nachrichten fordern die Beseitigung der geheimen Stimmabgabe für das Reichstagswahlrecht unter Hinweis auf die Erfolge des preussischen Wahlsystems mit seiner öffentlichen Stimmabgabe. — Der geplante Zionistenkongress, eine jüdische Konferenz, die über die Gründung eines jüdischen Nationalstaates in Palästina, ein utopisches Träumchen, beraten sollte, wird nicht abgehalten. — Der Pariser Untersuchungsrichter Le Politevin erklärte dem Redakteur des Soir, daß er den Bericht über die Panama-Untersuchung anfangs Juli einreichen werde, und daß die Zahl der als schuldig erkannten Deputierten sieben bis acht oder noch mehr betrage. — Disziplinarverfahren gegen Pastor Schall-Wahrdorf. Nachdem die Voruntersuchung beendet ist, hat die braunschweigische Kirchenregierung nunmehr die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens gegen Schall beschlossen. Von einer Amnissionssuspension Schalls hat nichts verlautet; das Ev. Gemeindef. schließt daraus, daß der Verdacht, Schall könne einen Netzeid geleistet haben, als unbegründet erkannt und fallen gelassen ist.

Frankreich.

Die Pant über alles! # Paris, 12. Juni. In der langen Debatte über die Erneuerung des Privilegiums der Pant von Frankreich ist das interessanteste Moment der Kampf zwischen Opposition und Regierungsmehrheit um die Verpflichtungen der Pant im Kriegsfalle. Der sozialistisch-radikale Abgeordnete Camille Pelletan hat unwiderleglich nachgewiesen, daß die Pant im Kriege von 1870 wochenlang um die Vorkasse an die Regierung der nationalen Verteidigung liefste. Gambetta, der in dem von der deutschen Invasion verschonten Teile Frankreichs die Verteidigung zu organisieren hatte, mußte schließlich in seiner bekannten Bersämmterungs-Depeche an Freycinet mit der Verzichtung der Pant und der Ausgabe von Staatspapiergeld drohen. Das Kabinett Méline war, angesichts dieses landesverräterischen Verhaltens der Pant im Kriegsjahre, genötigt, bei all seiner Pantfreundlichkeit, die Verpflichtungen der Pant für den Kriegsfall vertraglich festzustellen. Das versicherte wenigstens der Finanzminister. Wie lautet aber der Vertrag? Darüber verweigerte der Minister jede Auskunft. Die Volkvertretung soll ihm, dem Handlanger Rothschilds, aufs Wort glauben, daß die Interessen der Landesverteidigung gewahrt seien. Es ist nun klar, daß der geheime Vertrag, wie die ganze Handvorlage, weit mehr die Interessen des Bankklingels wahr als das nationale Interesse. Anderenfalls läge ja gar kein Grund vor, den Vertrag geheim zu halten. Auf die zwingend-logischen Ausführungen Pelletans und des sozialistischen Abgeordneten Millerand wußten die Minister nur mit dem lächerlichen Argument zu antworten, die Finanzquellen des Landes im Kriegsfalle müßten ebenso geheim gehalten werden, wie der — Mobilisationsplan! . . . Es fand sich aber trotzdem eine Mehrheit von 62 Stimmen, um den radikalen Antrag auf Mitteilung und Beratung des Vertrages in der Kammer abzulehnen. Die Regierungsmehrheit ist also so tief gesunken, daß sie selbst die Interessen der Nation den Interessen der Hochfinanz und des Ministeriums opfert. — Die Opposition wird jedoch noch einen Versuch machen, das „hochverräterische Votum“ — wie die Ablehnung jenes Antrages von ihr treffend bezeichnet wird — umzuwerfen. Sie wird einen Zusatzantrag stellen, wonach im Kriegsfalle die ganze Barschaft der Pant und die Pantnoten-Druckerei dem Staate zur Verfügung gestellt werden soll.

Aus der Pantdebatte ist noch weiter zu melden, daß der sozialistische Antrag auf Errichtung einer Staatsbank mit allen gegen 118 Stimmen abgelehnt wurde.

Der Streik von Grandcombe.

Paris, 12. Juni. Die Beratung über die Interpellation betreffend die Entlassung zahlreicher Arbeiter in den Gruben von Grandcombe, die am letzten Sonnabend infolge der Affaire Gravault abgebrochen worden war, wurde fortgesetzt. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Turvel, beendete seine in der Sitzung vom 5. d. M. begonnene Rede, indem er die Haltung der Gesellschaft „rechtfertigte“ und den Arbeitern den „Vorwurf machte, daß sie in einen Streik eingetreten seien, der einzig und allein für sie von Nutzen sei“. Er blieb der verlogene Hausknecht des Grubenkapitals.

Die von der Regierung verlangte einfache Tagesordnung wurde mit 306 gegen 195 Stimmen angenommen. Damit ist die Interpellation über Grandcombe abgeschlossen. Dasky (Soz.) brachte einen Antrag ein, wonach die zu Lande eingeführten Kohlen einen Zoll von 3 Franken und die zu Wasser eingeführten einen solchen von 3,50 Franken zahlen sollen.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Hierzu eine Beilage.

Prachtvolle Tischdecken, ausser Sortiment, so lange Vorrat reicht Stück 4.80 u. 5.25 Mk. Gebr. Türck

● Kinderwagendecken, grösste Auswahl, zu bisher nicht gekannten billigen Preisen. ● Universitätsstr. 18, beim Kaufhaus, Ecke Kupfergasse.

Leipzig Dienstag, 15. Juni, Elitetag: Eintritt 1 Mk. 1897.

An Wochentagen geöffnet früh 10 Uhr (von 8-10 Uhr doppelter Eintrittspreis mit Ausnahme des Sonntags).
Schluss der Hallen: Abends 8 Uhr.
Schluss der Ausstellung: Nachts 1/2 Uhr.

Sächsisch-Thüringische Industrie- u. Gewerbe-Ausstellung

Jagdtrophäen-Sonderausstellung in der Gartenbauhalle.
Konzerte in den Pavillons von nachm. 3^{1/2} bis abends 11 Uhr.
Leuchtfantäne zwischen 9³⁰ u. 10³⁰ Uhr abends.

Morgen Dienstag findet bei günstiger Witterung in Anwesenheit Ihrer Majestäten des Königs Albert und der Königin Carola bei eintretender Dunkelheit festliche Beleuchtung des gesamten Ausstellungsplatzes durch 50000 bunte Lampen statt.
Wohnungsnachweis: Naschmarkt 1.

Konkurswaren-Verkauf

Reichsstr. 30, Leipzig, Reichsstr. 30.
Die Warenbestände der H. Fuchs'schen Konkursmasse, bestehend in
Herren- u. Knaben-Garderobe
kommen täglich zu sehr billigen Preisen zum Verkauf.
30 Reichsstr. 30.

Achtung, Maschinenschlosser!

Dienstag den 15. Juni abends 1/9 Uhr
Oeffentliche Versammlung
im Saale des Thüringer Hofes zu Volkmarisdorf.

Tagesordnung: 1. Die Entwicklung der Maschinen und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schlosser. 2. Diskussion hierzu. 3. Gewerkschaftliches. 4. Wohlthätiges Erscheinen erwünscht.

Der Einberufer.



8 Tage zur Probe

Senden wir dem Einsender dieser Annonce ein feines Taschenmesser Nr. 405 (sogenanntes Nider; schließt sich nur durch Druck auf die kleine Klinge) mit 2 aus prima Stahl geschmiedeten Klingen und Korzblech, echtes Hirschhornheft mit doppeltem Neusilber-Beschlägen unter Garantie zum Preise von nur Mk. 1.35 Zahlung oder Retourfremdbank innerhalb 8 Tagen, also kein Risiko.

Gebrüder Rauh, Stahlwarenfabrik
Gräfrath bei Solingen.

Umsonst und portofrei versenden wir an jedermann unseren neuesten Prachtkatalog mit über 550 Abbildungen von Messer und Gabeln, Taschenmesser, Messer, Brot- und Schlachtmesser, Gemüsemesser, Säeren, Waffen, Haushaltungsgegenstände sowie von sonstigen vielen Neuheiten.
Name und Stand (deutlich): Wohnort und Poststation:

Mehr wie 1 Stück wird nur gegen Nachnahme oder vorherige Kassa versandt.

Maurer Leipzigs.

Dienstag den 15. Juni abends 1/8 Uhr
Oeffentliche
Maurer-Versammlung
im Pantheon, Dresdener Str.

Tagesordnung: Die Stellungnahme des Bauarbeiter-Verbandes zur Verbesserung der Stundenlöhne und der Verkürzung der Arbeitszeit.

Gratis.

Um für jede bei mir reparierte Uhr besser garantieren zu können, gebe ich jedem meiner werthen Kunden
1 neues Celluloid-Uhr-Gehäuse
mit Schornsteinbändern gratis.

M. Kemski
Special-Geschäft für Uhren und Uhrketten
Nürnberg Strasse 6.

Oeffentl. Kürschner-Versammlung

Dienstag den 15. Juni abends 8 Uhr
in der Erholung, Lindenau, Lühener Straße.

Tagesordnung: 1. Bericht von der General-Versammlung. 2. Gewerkschaftliches. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig.

Der Einberufer.

Nähmaschinen

Wringmaschinen
in feinen Marken zu billigen Preisen empfohlen.

Burkhardt & Brückner
Leipzig, Dresdener Str. 12.
ff. Neu Bezug von Wringmaschinen.

Arbeiter-Sängerbund „Vorwärts“

Leipzig und Umgegend.
Montag den 21. Juni abends 8 Uhr
Bundes-Sitzung
im Restaurant Richter, Rossplatz 9.

Die Delegierten werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Fahrräder

empfehlen
Burkhardt & Brückner,
Leipzig, Dresdener Str. 12.
Gratte Reparatur-Werkstatt.

Konsumverein f. d. Ostvorstadt Leipzigs

und Umgegend.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)
Um mehrfach an uns ergangenen Anfragen unserer Mitglieder, die Lösung unserer Filiale in Paunsdorf betreffend, veranlasst durch die dementsprechende Bekanntmachung des Kgl. Amtsgerichts, zu bezeugen, erklären wir hiermit, daß die Lösung auf unseren Antrag nur geschehen ist, um die durch öftere Ans- und Abmeldungen bei dem Kgl. Amtsgericht zu Taucha erwachsenden Kosten zc. in Zukunft zu sparen, indem dieselbe nur Verkaufsstelle von uns und nicht Filiale ist.

Der Vorstand.

Möbel-Ausstellung!

billiger als in Privat!

Ein großer Vorrat großartig schöne französische u. einfacche Bettstellen mit Matrassen, Kleiderschränke, Vertikals, schöne große Wellerpiegel v. 10 Mk. an, Waschtische (Marmor) v. 30 Mk. an, eleg. Sofas u. Garnituren u. verschied. mehr zu wirklich auffallend bill. Preisen Nürnberg Strasse 18, I., P. Bröndel. Auch sind Bettstellen teilweise zu haben.

Geehrten Gewerkschaften u. Vereinen

empfehle meine stets sauberen Räume zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Anerkannt gute Biere und große Auswahl in Spelsen.
Bürgerlichen Mittagstisch Inkl. Suppe 40 Pfg. In Achtung W. Spiess.

Braut-Deuten

und werthen Handfrauen sei das große Lager in Porzellan, Steingut, Emaille- u. Holzwaren, Löffel u. Stahlwaren, Wärfeln, Messen, Tisch- u. Hängelampen, Wringmaschinen, Plättchen, Küchenwagen u. s. w. von **F. Heydeck**, Sternwartenstr. 51, als anerkannt vortreffliche Bezugswelle bestens empf. In Geschenken besond. geeignet, emp. Gewürz- und Gemüsesetzgerden vom einfachsten bis zu den elegantesten zu billigsten Preisen. Wiederverkäufer wollen Preisliste verlangen. (4638)

Bier- und Speise-Haus

Thomaskirchhof 4. Thomaskirchhof 4.
Empfehle ff. Großlicher Lagerbier, kräftigen Mittagstisch sowie Stamm zu jeder Tageszeit. Jeden Dienstag Schlachtfest.
Hochachtungsvoll **Heinrich Elmert.**

Schwämme, Putzleder, Kohlfah-Bürsten
kauft man am besten und billigsten in der
Griechischen Schwamm-Handlung
Hallesche Strasse 1, Ecke Brühl. — Wiederverkäufer 100 Stück Schulschwämme 1.50 u. s. w. — Mt. Lager aller Sorten Schwämme für Fabrikten und Wiederverkäufer. Nach auswärts was nicht gefüllt, nehme zurück.

Warzen und Gewilchse

beseitigt **Ernst Ulrich**, Barbier
Ede Rolke- und Brandvorwerkstr.
Die besten u. billigsten Böttchergeräthe
kauft man Kleinschöcher, Hauptstraße 13.



E. Holzmann
Königsplatz 4.

Rep. sol. u. bill., Uhrgl. 10 Pfg., Kapsel 15 Pfg., Uhrfed., I. Qu., 1 Mt., Schlüssel 5 Pfg., f. j. Rep. schriftl. Garant. Abonn. b. W. 10⁰/Mk.

Möbel Spiegel- und Polster-waren in Auswahl billig.
G. H. Keller
L-Thonberg, Reitzenhalner Str. 49.

Billig! Billig!
fertige
25 Damenkleider
sind einzeln mit 5 Mark Anzahlung und wöchentlich 1 Mark Abzahlung abzugeben.
S. Osswald, Königsplatz 7

Käufe und Verkäufe.

Ein Vertikal sehr billig zu verkaufen.
Grüderstraße 18, S. II. I.

Ein bill. schön. Sofa, Universitätsstr. 12, II.

Möbel, neu u. gebraucht, empfiehlt billigst
Haus-Gebauer, L-Platz, Plagwitz, Plagwitzstr. 20.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren kauft man billig und schön bei **Edward Walther, Lindenau, Merseburgerstr. 48.**

Ein Ausziehl., Kommod., Spieg. u. Schr., versch. sehr gut erh. Möbel u. 4 Bettst. m. Matr. (dar. 2 franz.) sof. bill. u. verk. Untv.-St. 12, II.

S-Nähmasch. v. f. b. Replastr. 2, p. r.

Welter-Wilf-Nähmaschine bill. u. verk. Connewitz, Bornastraße Str. 38, III., Müller.

Ein geb. Kinderwagen bill. zu verkauf. Lindenau, Lühener Str. 4, IV. r.

Ein Handwagen, 4 Räder, f. 4 Mt. u. verk. Senneberg, Ede Südpf. u. Schenkerdorsstr.

2 schöne Sommerkleider, 1 Schwamm billig zu verk. Neuditz, Lindenstr. 2, I. I.

Ein Kisten mit Feder und 40 Rollen silk zu verkaufen Kurze Str. 9, p. Schreiber.

Waffe-Kaninchen wegen Umzug bill. zu verkaufen Unger, Wilhelmstr. 20, II. r.

Wohnungsanzeigen.

Schlafstelle f. 1 Herrn o. Mädch. zu verm. Kleinschöcher, Schleifiger Weg 9, II. r.

Leere Stube zu Johann in Lindenau gesucht. Ubr. Lind., Demmeringstr. 17, II. Barth.

Vermischte Anzeigen.

3 Schlüssel, zusammengeb. Täubchen gegen Belohnung Poststraße 15, Baderel.

Sonnabend, 5. Juni, 1 Schw. Weste verl. Abg. geg. Dank u. Bel. Alexanderstr. 7, IV. r.

Kraft, Schulmädchen z. Aufwart. gesucht. Plagwitz, Wittenstraße 27, III. I.

Ein kräft. Mädchen täglich früh zum Milchtragen oder für den ganzen Tag gesucht. **L. Lindenau, Merseburger Straße 70, im Laden.**

Frauenkrankheiten

beseit. nach Thuro-Brandtscher Methode (schwed. Massage) mit sicherem Erfolge
R. Neugebauer, Grimm-Str. 21, II. Sprechst.: 9-2, 5-8, Sonnt.-10-1 Uhr.

Klagen, schriftl. Gesuche etc.

fertigt billig, und Rat in allen Rechtsachen erteilt **Schnorrstr. 19, II., G.-Schlenker.**

Einfauf von Gubern, Knochen, Papier, alten Bodenram, Abfälle v. Metallen werd. zu höchst. Preisen u. auf Wunsch auch abgeholt.
Karl Weissfog, Maßmannstr. 10.

Defekte Taschenuhren

werden gekauft **Sternwartenstr. 33, I.**
Reparaturen an Uhren daselbst gut und sehr billig. Preisbestimmung vorher.
Alle abgenutzte Sofas zu kauf, gesucht **Sternwartenstr. 41, IV. I., Eing. l. S. r.**

Dank.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Tode meines unvergesslichen Sohnes, unseres geliebten Bruders, Schwagers u. Onkels, des Dreijährs **Otto Velt**

sage ich allen Freunden und Bekannten, den Metallarbeitern sowie den Herren Ehefr. und seinen Mitarbeiter der Firma G. L. Demler für die reichlichen Blumenpenden, welche ihm allseitig zufließen wurden, meinen innigsten Dank. Dank auch allen denen, welche ihm während seiner 4-tägigen Krankheit hilfsreich zur Seite standen und ihn zur letzten Ruhestätte begleiteten. Mir aber, teurer Otto, rufen wir ein Ruhe sanft in Dein frühes Grab nach!
Frau verw. Velt nebst Hinterbliebenen.
5182

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Oesterreich-Ungarn.

Der konfiskierte Erlaß des Baders.

Wien, 13. Juni. Mehrere Blätter, auch die Arbeiterzeitung, sind am 11. d. M. beschlagnahmt worden, weil sie einen geheimen Erlaß veröffentlicht haben, den Graf Bader an die Statthalterei und Landespräsidenten herausgegeben hat, und der sich mit der Beaufichtigung von Versammlungen und Vereinen beschäftigt. Der Staatsanwalt hat also den Ministerpräsidenten konfiskiert! In dem Erlaß, der ein Feldzugsplan gegen das Versammlungs- und Vereinsrecht, ein Rezept für schäblichste Angeberei und infamste politische Prozesse ist, kann man folgendes lesen:

Zu allen in nächster Zeit stattfindenden politischen Versammlungen sind politische Konzeptsbeamte zu entsenden, vorzugsweise solche, welche mit entsprechender Begabung ein energisches Auftreten verbinden. Hochverräterischen und unpatriotischen Meinungen, wie solche bedauerlicherweise in den letzten Tagen in radikal-deutschnationalen Versammlungen gefallen sein sollen, ist unbedingt mit allen gesetzlichen Mitteln entgegen zu treten; hierbei hat als Richtschnur zu dienen, daß es nicht geboten erscheint, durch ein vorzeiliges Einschreiten zu verhindern, daß ein Redner sich ausbreche, denn nur auf diese Art kann der Thatbestand eines Delikts zu Tage treten, daß aber, sobald der Gedanke klar ausgedrückt ist, es sich empfiehlt, nach Konstatierung des Sachverhalts die gefallenen Meinungen zu beanstanden, eventuell wegen derselben die Versammlung aufzulösen, weil das passive Verhalten der beherrschenden Abgeordneten nur zu oft die erfolgreiche Durchführung des Strafverfahrens erschwert hat und auch das k. k. Reichsgericht in einem Erkenntnis der allerdings nicht unbedenklichen Anschauung Ausdruck gegeben hat, daß die von einem zu Recht bestehenden Verein vorgenommenen Akte ihm nicht mehr als Ausschreitungen seines rechtlichen Wirkungskreises zur Last gelegt und als Gründe zur Auflösung desselben geltend gemacht werden können, wenn diese Akte im Wesentlichen ohne Inhibition des Regierungskommissars vorgenommen werden. Abgesehen davon ist auch über alles Wissenswerte, über die Agitation gegen Regierung und Sprachenverordnungen Meldung zu erstatten, eventuell sofortige gerichtliche Anzeile zu veranlassen und hierüber sowie über die Resultate des bezugsgerichtlichen Verfahrens oder über die allfällige Zurücklegung der Anzeige ungeschämt zu berichten.

Blaue Bohnen als Sozialreform.

Budapest, 12. Juni. Ueber den drohenden Erntestreit interpelliert, antwortete der Minister des Innern, dessen Schergen die Landarbeiter mit Finte und Säbel traktieren, die Regierung kenne die „Gefahr“. Die „sozialistisch verheerter“ Arbeiter stellen „exorbitante“ Forderungen und möchten durch Inszenierung eines plötzlichen Streiks die Gutsbesitzer in eine Zwangslage bringen. Die Regierung suche zu intervenieren. Wo die Intervention erfolglos, werde für die Einstellung von fremden Arbeitern, eventuell von Militär gesorgt. Das Haus nahm einstimmig von dieser Antwort des Ministers Kenntnis. Die Schamlosigkeit dieses Panama-Ministers ist charakteristisch für den Stand der Dinge. Er tritt auf und handelt als geschickter Geschäftsführer der Großgrundbesitzer, die das Landvolk in tiefstem Elend halten und zu ihrer Hilfe stets scharfschießende Argumente haben.

Belgien.

Gegen das Postaufsystem.

Brüssel, 13. Juni. Heute fand eine große, von pensionierten Generalen und Offizieren veranstaltete Kundgebung für die Abschaffung der Stellvertretung und für die Reorganisation der Armee statt. Der ausgedehnte Zug setzte sich aus Vereinigungen ehemaliger Militärpersonen und solcher pensionierter Offiziere sowie mehrerer Deputierten und Mitgliedern des Gemeinderats und des Provinzialrats zusammen und bewegte sich in vollkommener Ordnung durch die Hauptstraßen. Eine aus pensionierten Generalen bestehende Abordnung der Zugteilnehmer begab sich in das königliche Palais, um dem König eine in ihrem Sinne abgefaßte Petition zu überreichen. Der König sagte: „Sie kennen die ganz besondere Hochachtung, die ich den jetzigen und den früheren Führern des Heeres entgegenbringe, die ihre Begabung und ihr ganzes Sein dem Dienste des Landes gewidmet haben und ich bestätige gerne die herzlichsten Bande, die uns vereinigen. Was die Frage betrifft, von der Sie soeben zu mir gesprochen haben, so predige ich einem Befehl. Mir liegt die Sicherheit und die etwaige Verteidigung meines Landes sehr am Herzen, als daß ich nicht wünschte, daß der Grundfah des persönlichen Heeres-

dienstes die Grundlage seiner militärischen Einrichtungen sei. So wenig es einer Nation möglich ist, sich von der übrigen Welt abzuschließen, kann sie sich dessen entschlagen, ihre Verteidigung in gediegener Weise vorzubereiten, wenn sie nicht dem Ungefähr der Ereignisse preisgegeben sein will. Was uns insbesondere betrifft, die wir sowohl nationale als internationale Verpflichtungen haben und die wir uns in unmittelbarer Nachbarschaft von Regierungsmittelpunkten befinden, die den vorherrschenden Einfluß auf die Geschicke Europas ausüben, so müssen unsere militärischen Einrichtungen, unter Beachtung des richtigen Verhältnisses, denjenigen der uns umgebenden Nationen nachgebildet sein. Unsere taktischen Einheiten müssen in analoger Weise zusammengefaßt, bewaffnet und eingeteilt sein, wie diejenigen unserer Nachbarn. Wenn namentlich im Momente der Gefahr eine belgische Division aus weniger durchgeübten Mannschaften bestehen würde, als diejenigen der anderen Länder, so würde sie nur mit der Aussicht in den Kampf eintreten, sich nutzlos aufzuopfern. Jede Selbsttäuschung über diesen Punkt würde verhängnisvoll sein. Andererseits müssen wir, da wir wesentlich geringer an Zahl sind, um so mehr darauf achten, unsere Verteidigung durch die Hilfe militärischer Kunstbauten zu sichern. Die Nation bestimmt über ihre Geschicke im vollen Umfange ihrer Freiheit. Ich habe niemals meine Pflicht versäumt, zu warnen. Ich bin bei der vordersten Linie der Patrioten geblieben; aber es ist die Nation selbst, die über ihre Zukunft entscheidet.“

Die Teilnehmer vereinigten sich, nachdem ihre Abordnung aus dem Palais zurückgekehrt war und der Zug sich weiter durch die Stadt bewegt hatte, zu einer Versammlung, in der folgende Tagesordnung angenommen wurde: Die Versammlung spricht den Wunsch aus, daß die öffentlichen Gewalten so bald als möglich die durch die Lage des Landes gebotenen Reformen verwirklichen, und nimmt ihrerseits die Verpflichtung auf sich, mit allen gesetzlichen Mitteln die Agitation für dieses nationale Werk zu betreiben. Die Annahme der Tagesordnung erfolgte unter anhaltendem Beifall.

Sechster österreichischer sozialdemokratischer Parteitag.

G Wien, 11. Juni.

Die Diskussion über die Arbeiterschuhreferate wurde in einer gestern abgehaltenen Abend Sitzung zu Ende geführt. Sie gestaltete sich sehr lebhaft. Es wurden von den einzelnen Rednern die Mißstände in den einzelnen Gewerben besprochen und auf Mittel der Abstellung dieser Mißstände durch wirksamen Arbeiterschuh hingewiesen.

In der heutigen Sitzung führt den Vorsitz wieder Popp-Wien. Es wird zunächst die Abstimmung über die zur Arbeiterschuhfrage gestellten Anträge vorgenommen. Die von Dr. Verkauf gestellte und von uns schon gestern mitgeteilte Resolution wird einstimmig angenommen. Damit fallen mehrere Anträge, die nur Einzelheiten, die schon in der Resolution berücksichtigt sind, enthalten, fort. Eine große Anzahl Anträge, die sich auf den Arbeiterschuh der Arbeiter in verschiedenen Branchen beziehen, wird der sozialdemokratischen Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen. Der Parteitag beschließt außerdem die Beschickung des internationalen Arbeiterschuhkongresses.

Inzwischen hat die Kommission, die zur Prüfung der zum Punkt Parteiorganisation gestellten Anträge eingesetzt war, ihre Arbeiten beendet. Dr. Adler hält das Referat über die Beschlüsse der Kommission. In der Hauptfrage hat die Kommission beschlossen, daß jede sprachliche Gruppe ihre vollständig selbständige Organisation erhält. Ein Exekutivauschuss hält die Verbindung zwischen den einzelnen nationalen Organisationen aufrecht. Alle zwei Jahre soll ein Gesamtparteitag, alle zwei Jahre ein deutsch-österreichischer Parteitag abgehalten werden. Beide Parteitage sollen stänbig alternieren. Die Abgeordneten sind verpflichtet, auf den Parteitag zu erscheinen und haben dort Sitz und Stimme.

Sämtliche Vorschläge der Anträgekommission gelangen mit großer Mehrheit zur Annahme.

Der Parteitag geht hierauf zur Beratung des nächsten Punktes der Tagesordnung: Presse über. Der Referent Popp verweist auf die Schwierigkeiten, die dem Wachstum der Presse in Oesterreich entgegenstehen. Abgesehen von der Rückständigkeit der Bevölkerung sind es die reaktionäre Gesetzgebung und der Zeitungsstempel, die der Presse sehr schaden. Am meisten fühlte das die Arbeiterzeitung. Diese ist besonders dadurch gebunden, daß eine freie Colportage unmöglich ist, daher die etwas langsame Entwicklung. Es giebt aber wenig bürgerliche Blätter, die eine so hohe Auflage wie die Arbeiterzeitung haben. Während diese bürgerlichen Blätter aber namhafte Summen abwerfen, ist es bei uns anders. Uns schaden die vielen Konfiskationen, im Jahre 1896 waren es elf. Trotzdem hat sich die Arbeiterzeitung im letzten

Jahre mächtig entwickelt. Im ersten Jahre nahmen wir 46000 Gulden für Abonnements ein, 1896 bereits 68000 Gulden, im Einzelverkauf 1895, wo ein Abendblatt bestand, 93000 Gulden, 1896 ohne Abendblatt 92000 Gulden. Die Hindernisse, die uns das Pressegesetz in den Weg legt, machen einen sehr großen Expeditivapparat nötig, der uns jährlich 32000 Gulden kostet. Die ganze Redaktion kostet 80000 Gulden, für den Zeitungsstempel sind seit Bestehen der Zeitung über 200000 Gulden ausgegeben worden, in diesem Jahre allein bereits 40000 Gulden. Während wir früher eine Auflage von 15-20000 hatten, ist die Auflage während der Wahlbewegung zeitweise auf 50000 gestiegen. Die Arbeiterinnenzitung hat noch immer ein Defizit, es war sogar im vorigen Jahre höher als in dem Jahre 1895. Redner klagt Jobann über neue Blättergründungen in der Provinz, die entgegen dem Parteistatut erfolgt sind. Zum Schluß geht er auf die jährlich vorliegenden Anträge ein. Sie betreffen u. a. die Ausmerzung von Fremdwörtern, die Gründung eines Bauernblattes, die Gründung eines polnischen Parteiorgans für Ostgalizien. Ein Antrag verlangt das Eingehen der Arbeiterinnenzitung und wünscht dafür eine Frauen-Beilage zur Arbeiterzeitung.

Popp spricht sich gegen die Gründung eines besonderen Bauernblattes aus, erklärt sich aber ebenso entschieden gegen das Eingehen der Arbeiterinnenzitung. Er beantragt, die Arbeiterinnenzitung in den Verlag der Volksbuchhandlung zu geben. Diese werde das Defizit mit ihrer rührigen Agitation schon besettigen. Wenn es aber überhaupt mit der Presse besser werden sollte, dann müßte die Fraktion im Parlament auf Beseitigung des objektiven (staatsanwaltlichen) Verfahrens bei Konfiskationen hinwirken. Es müßte endlich soweit kommen, daß eine Konfiskation nur durch richterlichen Urteil erfolgen kann. Vor allem müßte die Aufhebung des Zeitungsstempels erwirkt werden, dann werde auch der durch die teure Zektüre hervorgerufene Indifferentismus in der Bevölkerung schwinden. (Beifall.)

In der Diskussion wird von mehreren Rednern über unvorsichtige Zeitungsgründungen geklagt und verlangt, daß solche neue Blätter von der Partei nicht anerkannt werden. Andere Redner verlangen das Eingehen der Arbeiterinnenzitung, während von verschiedenen Seiten die gegenseitige Anschauung vertreten wird.

Dobiasch-Auffig verteidigt die Neugründung von Blättern. Solche Neugründungen fördern die Agitation nicht unwesentlich. Der Parteitag könne gar nicht über Neugründungen entscheiden, wie sollten Slowenen und Dalmatiner die Verhältnisse z. B. von Nordböhmen beurteilen können? Das von ihm in Aussicht gegründete Blatt werde sehr gut.

Für das Fortbestehen der Arbeiterinnenzitung tritt auch Genossin Popp ein.

G. Wien, 12. Juni.

In der gestrigen Abend Sitzung wurde zunächst die Debatte über die Presse zu Ende geführt. Bei der Abstimmung wurde der Antrag auf Eingehenseiten der Arbeiterinnenzitung abgelehnt. Die neu gegründeten Blätter, u. a. die Brager Akademie, werden sämtlich als Parteiorgane anerkannt. Die Fraktion wurde beauftragt, im Parlament für ein freihetlich gestaltetes Pressegesetz zu wirken. Der Parteitag beschloß ferner, sobald im Reichsrat ein dahingehender Antrag eingebracht sein wird, im Lande eine energische Agitation dafür zu entfalten.

Außerdem wurde die Wahl der Parteivertretung vorgenommen. An der Abstimmung beteiligten sich nur die deutschen Delegierten, da es sich um die deutsche Parteivertretung handelte. Es wurden gewählt: Starck (65 Stimmen), Dr. Adler (61), Dr. Ellenbogen (58), Schrammel (57), Schummeier (56), Popp (54), Rieger (50), Bernerstorfer (48).

Am 11 Uhr nachts wurde die Sitzung geschlossen.

Lechter Verhandlungstag.

Den Vorsitz führt heute Keller-Reichenberg. Die Verhandlung beginnt mit dem Referat Schuhmeiers über Konsumvereine und Produktivgenossenschaften. Schuhmeier führt aus, daß Konsumvereine und Produktivgenossenschaften nichts spezifisches Sozialdemokratisches seien. Im Programm steht darüber nichts. Die Freunde dieser Institutionen behaupten, daß diese dazu dienen können, gemahregelte Genossen in Lohn und Brot zu bringen, administrative Kräfte zu gewinnen und der Partei eine Einnahmequelle zu schaffen. Aber diese Behauptungen entsprechen nicht ganz den Thatsachen. Derartige Genossenschaften sind nichts anderes als in den Händen der Genossen befindliche Kleinbetriebe. Ein Gewinn kann auch nur durch Ausbeutung der Bediensteten erzielt werden. Wir haben aber keine Ursache, das Kleinewerbe in ein Kleinewerbe von Partei wegen umzuwandeln. Die Partei könne sich mit Produktivgenossenschaften nicht befassen, denn sie würde dann auch für einen schlechten Geschäftsgang verantwortlich gemacht werden und das würde die Partei ungemein schädigen. In erhöhtem Maße gilt das auch für die Konsumvereine. Die Partei-Interessen sind in den Konsumvereinen Nebensache. In einzelnen Orten florieren sie und nützen der Partei, in anderen haben sie durch ihre Zugrundegehen die Parteibewegung empfindlich geschädigt. Die Partei brauche deswegen die Konsumvereine nicht direkt zu unterstützen, sie dürfe sich aber keinesfalls mit ihnen identifizieren. Er schlägt folgende Resolution vor: In Ermägung, daß die Wirtschafts-

Kleine Chronik.

Leipzig, 14. Juni.

Neues Theater. (1. Gesamt-Gastspiel der Opern-Mitglieder des kgl. Hoftheaters in Stuttgart. — Lannhäuser von Richard Wagner.) Während sich die Mitglieder unserer Oper in den Ferien befinden und nach den Strapazen des Winters und Frühjahrs nun ihre wohlverdiente Ruhe pflegen und Geist und Körper wieder aufrichten können, sind die ersten Kräfte der Stuttgarter Oper zu einem längeren Gastspiel bei uns eingetroffen, so daß wir also in diesem Jahre auch im Hochsommer die Oper nicht entbehren müssen. Die Stuttgarter spielen mit unserem einheimischen Chor- und Balletpersonal und unserem Orchester, haben aber ihren eigenen Dirigenten und Regisseur mitgebracht, so daß wir in der Hauptfrage, also wohl die Leistungen der Stuttgarter Hofbühne nach diesen hiesigen Vorstellungen beurteilen können. Daß wir einmal die Mitglieder einer anerkannt guten fremden Opernbühne eine Zeit lang auf unserem Theater sehen können, ist in mehr als einer Beziehung interessant. Wir empfangen nicht nur neue Eindrücke, indem uns die Gäste direkt Novitäten vorführen, die wir bis jetzt hier noch nicht zu sehen bekamen, und indem die zur Aufführung gelangenden altbekannten Werke in neuer Beleuchtung erscheinen, gleichsam eine neue Physiognomie erhalten, wir können auch Vergleiche ziehen zwischen unserer eigenen und der fremden Bühne, und wenn wir unseren Gästen, wie zu erwarten steht, manche schöne Anregung und manchen künstlerischen Genuß zu danken haben werden, so werden wir auch andererseits da, wo sie uns weniger Vollkommenes bieten, uns dieses Manko nicht verhehlen, und dadurch unsere einheimischen Kräfte um so gerechter beurteilen können. Die Lannhäuseraufführung bot viel Schönes. Es war in der Aufführung selbst mehr Leben als wir es in letzter Zeit hier gewohnt waren. Das Stimmmaterial ist ein gutes; die Regie (Herr Oberregisseur August Harlach) scheint gut zu arbeiten, was daran ersichtlich war, daß das Volk im zweiten Akte sich etwas lebendiger benahm als sonst, obgleich hier eigentliches dramatisches Leben in den Massen auch noch lange nicht erreicht ist. Am wenigsten aber gefiel mir die Orchesterleitung des königlichen Hofkapellmeisters Herrnloys Obrist. Die Ouvertüre wurde in viel zu mattem Tempo gespielt. Das Thema des Bilger-

chores muß natürlich in ruhiger Breite gespielt werden, und da war an dem Tempo, wenigstens am Anfang, nichts auszufehen, obgleich auch dieses Thema am Schluß der Ouvertüre lebendiger genommen werden muß; aber das Bemerkliche darf nicht zum Schlummerfang werden. Der ganze korybantische Tanz mit Waden und Triangel, der auf das Bemerkliche folgt, hat ja gar keinen Sinn, wenn dieses so schlällig genommen wird. Zudem macht es sich merkwürdig und stilllos, wenn später dann der Sänger das Bemerkliche schneller nimmt. Die Ouvertüre malt den Gegenfah zwischen Sinnlichkeit und Entfagung, höchster Festschlus und reuiger Buße, und diese vom Meister so scharf betonten Gegenfah, die das Grundthema der ganzen Oper bilden, dürfen nicht verwischt werden. Doch nicht nur in der Ouvertüre, auch in der Oper selbst machen sich rhythmische Unsicherheiten geltend. Es schien manchmal, als ob der Kapellmeister seine Scharen nicht so recht fest in der Gewalt hätte. Und merkwürdigerweise folgte unser einheimisches, dem Dirigenten fremdes Orchester, seinen Taktstöcke genauer, als die ihm vertrauten Mitglieder seiner Oper, trotzdem unsere Musiker in der Ouvertüre die Tempi rascher zu nehmen gewohnt sind. Der Landgraf (Herr Frauscher) z. B. nahm an der Stelle: Versammelt sind aus meinen Landen, ein ganz anderes (rascheres) Tempo, als der Kapellmeister angab. Auch Lannhäuser lief dem Taktstock hier und da etwas voran. Besonders mißlich wurde aber diese Unsicherheit, dieser Mangel an fester Führung, im Finale des ersten und des zweiten Aktes, so daß die Sätze stellenweise ihre Klarheit verloren. Ein weiterer Fehler, der wohl auch auf diesen Uebelstand zurückzuführen ist, befiehl darin, daß einzelne der Mitwirkenden (besonders der Landgraf) rhythmisch sehr frei singen, fast wie im Recitativo der alten Oper. Wagner verlangt aber auch an den recitativartigen Stellen genaues Innehalten des Tempos.

Von den Einzelleistungen war entschieden die Elisabeth des Frä. Ella Wiborg die beste. Die Sängerin besitz eine schöne, sympathische Stimme und treffliche Schulung. Ihre Declamation ist vorzüglich und überall verständnisvoll. Sie weiz ihrer Elisabeth den Zug herber Jungfräulichkeit zu geben, den Wagner in diese Gestalt hineingelegt hat. Auf unserer Bühne haben wir schon lange keine auch nur annähernd so gute Elisabeth gesehen; denn Frä. Wiborg bewies durch ihre schöne und einheitlich durchgeführte Auffassung der Rolle, daß die Elisabeth keine indifferentere Puppe

ist, sondern ein wirklicher lebendiger und streng individueller Charakter.

Die Venus sang Frä. Sophie Wiesner. Frä. Wiesner ist die erste dramatische Sängerin der Stuttgarter und es geht ihr ein sehr guter Ruf voran. Ihre Venus war eine schöne Erscheinung und ihr Vortrag zeigte dramatisches Feuer. Doch lag ihr die Partie wohl etwas zu hoch.

In Herrn Nikol. Rothmühl, der den Lannhäuser sang, befiht die Stuttgarter Bühne einen tüchtigen Helbentener. Die Stimme ist nicht gerade glänzend, reicht aber völlig aus und klingt sympathisch. Sein Vortrag ist feurig, sein Auftreten ziemlich frei, wenn auch die Bewegungen noch etwas eintönig sind (z. B. die ewig leiernde Handbewegung auf der Harfe). Sehr schön sang er im dritten Akte die Pilgerfahrt. Auch der Volkssam des Herrn Karl Sommer machte einen sehr guten Eindruck, sein Organ klingt weich; doch könnte der Vortrag (besonders in den Liedern des Sängerstretes) noch etwas seelenvoller sein. Herr Frauscher sang den Landgrafen etwas zu sehr in der alten Manier der ferlichen Wäffe, er schwebte in seinen eigenen Tönen und klammerie sich allzu wenig um die vom Komponisten vorgeschriebene Rhythmik. Auch ist seine Aussprache mangelhaft, ein Fehler, der auch bei seinen Kollegen zu beobachten ist. Ganz gute Textausssprache hatte eigentlich nur Frä. Wiborg.

Auf die Vertreter der übrigen Rollen — Walther von bez Bogelweide: Herr Peter Müller, Biterolf: Herr Anton Pro mada, Heinrich der Schreiber: Herr Felix Decken, Meinard v. Zweter: Herr Rudolf Wagner, Hrtzenknebe: Frä. Anna Sutter — näher einzugehen, bietet uns vielleicht die Folgezeit Gelegenheit.

Die Stuttgarter Oper hat sich mit dem Lannhäuser gut bei uns eingeführt, und wenn sich die Gäste erst etwas eingebürgert haben und mit den hiesigen Verhältnissen und dem ihnen fremden Hilfspersonal vertrauter geworden sind, werden die Aufführungen noch abgerundeter erscheinen. Allerdings die musikalische Leitung muß sich etwas anstrengen, eventuell mit Chor und Orchester sorgfältige Proben halten, damit alles exakt klappt. II. M.

Altes Theater. (12. Gesamtgastspiel der Mitglieder des Berliner Theaters: Die Brüder, Schauspiel in 4 Aufzügen von Paul Lindau.) Die Novitäten, mit denen uns die Berliner Gäste bekannt machen, sind nicht gerade hervorragend. Auch das Lindausche Stück, Die Brüder, ist ein Werk, das auf literarischen Wert gar keinen Anspruch machen kann. Es arbeitet nar-

genossenschaften nicht geeignet sind, die wirtschaftliche Lage des Proletariats zu haben, lehnt es der Parteitag ab, den Parteigenossen die Gründung von derartigen Wirtschaftsgenossenschaften zu empfehlen. Mit Rücksicht auf die in einzelnen kleinen Städten, in denen sich die Mitglieder der Wirtschaftsgenossenschaften aus Pötkarbeitern rekrutieren, gemachten Erfahrungen überläßt es der Parteitag den Genossen der einzelnen Bezirke, nach genauer Prüfung der lokalen Verhältnisse sowie der verfügbaren Kräfte und Mittel die Frage der Wirtschaftsgenossenschaftsstellung zu nehmen.

In der Debatte treten zahlreiche Anhänger der Wirtschaftsgenossenschaften auf, die die schubmeisterliche Resolution bekämpfen. Sie befürworten folgenden Vermittlungsantrag, der so lautet: „Der Parteitag beschließt: Die Art und die Stärke der Beteiligung sozialdemokratischer Arbeiter an Konsumgenossenschaften und Produktionsvereinigungen bleibt für jeden einzelnen Fall vollkommen dem Ermessen der Lokalorganisierten Genossen des betreffenden Ortes überlassen.“

Dr. Adler mahnt zur Vorsicht, er verweist auf den in der Partei herrschenden Mangel an tüchtigen Geschäftsleuten. Auch die Gefahr sei nicht zu unterschätzen, daß die Parteigenossen durch die Konsumvereine der politischen Agitation abwendig gemacht werden. Er empfiehlt folgenden Antrag zur Annahme: Der Parteitag anerkennt, daß Wirtschaftsgenossenschaften unter ganz besonderen, genau zu erwägenden Umständen dem Proletariate nützlich sein können; er lehnt es jedoch unter den heute vorwaltenden Verhältnissen ab, die Wirtschaftsgenossenschaften als ein Element der Parteiorganisation anzunehmen; er empfiehlt den Genossen die allergrößte Vorsicht bei der Gründung von Konsumvereinen und insbesondere von Produktionsgenossenschaften, welche letztere nur dann errichtet werden sollten, wenn durch große Konsumvereine ihr Absatzgebiet im Vorhinein gesichert ist. Die Partei werde als Ganzes noch irgend eine lokale Organisation kann jedoch in keiner Weise eine Verantwortung für die Gründung und Führung der Wirtschaftsgenossenschaften übernehmen; die wünschenswerten und durchaus nötige weitere Erörterung dieser Frage wird den Genossen überlassen, die sich für diese wichtige Sache näher interessieren.

Die Debatte wird hierauf geschlossen.

Nach einem Schlusswort des Referenten wird die Resolution schubmeister mit knapper Majorität angenommen. Damit fallen die übrigen Anträge.

Weiter wird beschlossen, den nächsten deutschen Parteitag 1898 in Linz, den nächsten Gesamtparteitag 1899 in Brinn abzuhalten. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Popp-Wien hält das Schlusswort, in dem er besonders auf die glückliche Lösung der Nationalitätenfrage durch die Parteiorganisation hinweist und mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schließt.

Remeo und Daszynski halten in tschechischer und polnischer Sprache Schlussansprachen, in denen sie die Solidarität der gesamten österreichischen Sozialdemokratie feiern.

Die Delegierten singen stehend die Marschlied. Der Parteitag ist geschlossen.

Internationaler Bergarbeiter-Kongress.

Fünfter Verhandlungstag.

B. London, 11. Juni.

Den Vorsitz führt Calkewacr-Belgien.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird folgende Resolution beschlüsselt und einstimmig angenommen: „Der internationale Bergarbeiterkongress ist der Meinung, daß die Grubenbesitzer von Grande Combe die Pflicht haben, ihre entlassenen Arbeiter wieder einzustellen, nachdem sich diese bereit erklärt haben, sich dem Schiedsrichterspruch der französischen Regierung zu fügen.“

Zur Verhandlung gelangt der sechste Punkt der Tagesordnung: Die Grubeninspektion.

Müller-Weimar begründet folgende Resolution: „Der Kongress wolle beschließen: Alle hier vertretenen Nationen haben uns ausgesetzt und eifrig dafür einzutreten, daß zur Inspektion der Gruben eine ausreichende Anzahl Kontrolleure angestellt werden, die von den Bergarbeitern aus ihren eigenen Reihen zu wählen und vom Staate zu bezahlen sind, damit unabhängig jede Grube an jedem Tage von einem solchen Kontrolleur beaufsichtigt wird. Diese Kontrolleure haben alljährlich einen Bericht über ihre Thätigkeit und ihre Erfahrungen zu veröffentlichen.“

Cavrot-Belgien teilt mit, daß es in Belgien zur Zeit noch keine Arbeiter als Grubeninspektoren gäbe. Das Gesetz sei zwar bereits angenommen; es würden aber noch sechs Monate vergehen, bevor es zur Ausführung gelange.

Die deutsche Resolution wird hierauf vom Kongress einstimmig angenommen.

Der siebente Punkt der Tagesordnung betrifft: Die ärztlichen Provisionen.

Marolle-Belgien hebt hervor, daß es in Belgien so gut wie keine ärztliche Hilfe für die Grubenarbeiter in der Nähe der Gruben gebe und fordert die Errichtung ärztlicher Anstalten in unmittelbarer Nähe der Gruben.

Diese Forderung wird vom Kongress ohne weitere Debatte einstimmig angenommen und außerdem beschlossen, daß die Vertretung der Bergarbeiter in den einzelnen Ländern einen Bericht über die tatsächlichen Zustände in dieser Hinsicht vor dem nächsten Kongress an das internationale Geschäfts-komitee zur Veröffentlichung einzulenden habe.

Der folgende Gegenstand ist: Die Nationalisierung sämtlicher Bergwerke.

Calvignac-Frankreich tritt warm für die Verstaatlichung der Bergwerke ein. Die Gruben dürfen nicht einzelnen Menschen, sondern den Nationen gehören. Ein Untersuchungsrichter, der den mit Aufbeziehung aller Anstrengung gesuchten Täter eines sensationellen Mordes im eigenen Bruder auffindet! Gerichtsszenen, Verhandlungen, Wucherer, die Wechsel präsentieren, und ähnliche schöne Dinge füllen das Stück, dessen Inhalt somit den geschmacklossten Kriminalgeschichten gleicht, wie sie durch die Hintertreppentexte immer noch verbreitet werden. Paul Lindan ist literarisch schon längst tot. Warum gräbt man eine solche Literaturleiche immer wieder aus — sie riecht übel.

Gespielt wurde, wie man in einem solchen Stücke eben spielt: mit der gewohnten Bühnenvorstellung, viel Aufregung und rechtlichen Thränen — noch viel zu gut für das Stück. Von den Darstellern möchte ich besonders Maria Wospijtschil hervorheben, deren Melly Sand allerdings eine etwas ernste und tragische Operettendiva war, die als solche wohl kaum viel Bühnentrumphe ernten mochte, die aber die aufregenden Szenen sehr gut spielte. Ihr Weinen und ihre Aufregung wirkte sehr natürlich. Ihre Leistung weckte den Wunsch, die Künstlerin einmal in einer besseren Rolle zu sehen. H. M.

— Charlotte Wolter, die große Wiener Tragödin, die schon lange schwer krank war, liegt, wie heute aus Wien telegraphiert wird, im Sterben.

— Professor Dr. Rosenthal in Erlangen ist, wie dem Reichsb. berichtet wird, von der Vertretung der Hygiene vom Wintersemester 1897/98 an entbunden worden. Vom gleichen Zeitpunkt ab ist die Hygiene dem außerordentlichen Professor für Bakteriologie Dr. Heim als weitere Lehraufgabe übertragen. Rosenthal hatte jene taktlose Meinerung über die Strengung gefasst.

bwo. Die Bewohner der Erde nach Religionen. Es giebt 200 000 000 Protestanten, 195 000 000 römisch-katholische, 105 000 000 griechisch-katholische Christen. Alles in allem 500 000 000 Christen, 800 000 000 Juden, 180 000 000 Mohammedaner und 813 000 000 „Heiden“ (Buddhisten u. s. w.), folglich 1 000 000 000 Nichtchristen.

— Hunderttausend Epileptiker ungefähr giebt es in Deutschland, wie Professor Underricht-Magdeburg auf dem XV. Kongress für innere Medizin mitteilte.

sondern müssen der Nation gehören. Theoretisch sei durch das Gesetz von 1810 der französische Staat Eigentümer aller Bergwerke. In der Praxis aber sind die Privatunternehmer, an die die Bergwerke verpachtet sind, die eigentlichen Herren. Sie bilden einen Staat im Staate und wagen es, die Arbeiter wegen ihrer politischen Gesinnung zu misshandeln. Wäre der Staat der tatsächliche Eigentümer der Bergwerke, dann könnten die Bergarbeiter mit Hilfe der öffentlichen Meinung und der Gesetzgebung viel leichter ihre Lage verbessern, als jetzt. Die deutschen Delegierten teilten diesen Standpunkt nicht; sie wiesen auf die schlechte Lage der Staatsarbeiter hin. In Frankreich lägen die Dinge aber nicht so. Zudem sei die Verstaatlichung der Bergwerke die beste Uebergangsform zu ihrer Sozialisierung.

Müller-Weimar: Wir sind nach wie vor gegen die Verstaatlichung der Bergwerke für Deutschland. Der Hinweis auf die Uebergangsform ist nicht beweisend. Die Bergwerke brauchen nicht erst in kapitalistischen Staatsbetrieb zu kommen, um sozialisiert zu werden.

Smeilke-Schottland: Gehören die Bergwerke einem demokratischen Staate, wie es England ist, dann wäre eine solche Verstaatlichung der Arbeiter, wie sie gegenwärtig besteht, unmöglich. In England ist die Lage der Staatsarbeiter bedeutend günstiger, als die der Arbeiter in der Privatindustrie. Ich bin überzeugter Sozialist und stimme für die Nationalisierung der Bergwerke. Das ist keine endgültige Lösung, aber ebenso wie die gewerkschaftliche Organisation eine Waffe im Emancipationssampfe, ein Mittel zum Fortschritt.

Barrot-Pyrenäen macht darauf aufmerksam, daß der Vortredner persönlich und nicht im Namen der Miners Federation gesprochen habe.

Folgende Resolution legt vor: „Der Kongress fordert die Verstaatlichung der Bergwerke.“

Sachse-Weimar erklärt im Namen der deutschen Delegierten, daß sie sich der Abstimmung enthalten würden. Hätten wir in Deutschland Verhältnisse wie in England, wo das Volk wirklichen Einfluß auf den Staat ausübt, so würden wir für die Resolution stimmen.

Die Resolution wird hierauf mit großer Mehrheit angenommen. Von den englischen Delegierten stimmen nur die der National-Union dagegen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betrifft die Berggewergerichte.

Die französische Delegation beantragt ihre Errichtung in allen Ländern, die sie, wie Frankreich, noch nicht haben.

Müller erklärt, daß Berggewergerichte in Preußen, das neun Sehtel aller Gruben habe, und in Sachsen bereits beständen. Die französische Resolution wird hierauf einstimmig angenommen.

Die Beantwortung einer Reihe von statischen Fragen, die sich auf die Zahl der Bergarbeiter unter Tage, auf die Sterblichkeit der Bergarbeiter in den letzten zehn Jahren und auf das Alter der Gestorbenen bezögen, wird auf den nächsten Kongress verschoben, wo schriftlicher Bericht darüber erstattet werden soll.

Das internationale Geschäfts-komitee wird hierauf einstimmig wiedergewählt. Es besteht aus Müller, Burt und Ashton für England; Müller und Sachse für Deutschland; Lamendin und Calvignac für Frankreich; Cavrot und Callewaert für Belgien. Generalsekretär ist Müller; Burt, Schugmeister.

Als Ort des nächsten Kongresses wird Wien bestimmt. Die österreichischen Bergarbeiter hatten den Kongress dorthin eingeladen. Den Zeitpunkt der Tagung wird das internationale Komitee bestimmen.

Auf Antrag des englischen Delegierten Harway spricht der Kongress den deutschen Bergarbeitern Schröder und Meyer, die im Buchhaus schwächten, seine Sympathie aus. Die Resolution soll den Familien der Verurteilten übermitteln werden. Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Den Leitern des Kongresses und den Uebersetzern wird für ihre Arbeit gedankt und der Kongress dann mit einem Hoch auf die internationale Solidarität der Arbeiter geschlossen.

35. Versammlung des Landeskulturates.

—r. Dresden, 12. Juni.

Den wichtigsten Gegenstand des heutigen zweiten Verhandlungstages bildete der 6. Punkt der Tagesordnung: Neu-Kontingenterung der Branntweinsteuer. Den Anlaß für die Beratung hat ein Antrag des Vorsitzers Däwertig-Steina, den dieser schon zur vorjährigen Versammlung des Landeskulturates eingebracht hatte, gegeben. In diesem Antrag werden die Ungleichheiten gerügt, mit denen die einzelnen Betriebe an den Liebesgaben partizipieren und durch die namentlich die kleineren Betriebe geschädigt werden. Es wurde auf der letzten Versammlung beschlossen, den Antrag auf der diesjährigen Versammlung zu verhandeln. Ein Sonderauschuß hat sich während der Zeit mit der Frage befaßt und die Ergebnisse seiner Untersuchungen in einem Bericht niedergelegt, welcher gedruckt vorliegt. Nach Ansicht des Ausschusses „geht aus den gesammelten Unterlagen unabweislich hervor, daß die beklagten Ungleichheiten tatsächlich in fast allen Betrieben in hohem Maße vorhanden sind“. Dem Urteil, wie es im gedruckten Bericht niedergelegt ist, verleiht auch der Berichterstatter, Herr Sekretär Dr. Raubold-Dresden, in seinem Referat Ausdruck. In der heutigen Verhandlung sollen nun Mittel und Wege gefunden und vorgeschlagen werden, wie es anzubringen ist, um die kolossalen Ungleichheiten und Ungleichheiten zu beseitigen. Von einer rechtsgeschäftlichen Lösung der Frage verspricht man sich nichts. Das Facit der Beratung ist in folgenden zur einstimmigen Annahme gelangten Anträgen ausgedrückt:

Der Landeskulturat wolle beschließen, an die königl. Staatsregierung das Ersuchen zu richten,

1. in Erwägung ziehen zu wollen, inwieweit recht schleunig den zum Ausbruch gebrachten Wünschen nach einer Verringerung der vorhandenen Ungleichheiten bezüglich der Höhe der Branntweinkontingente zu entsprechen sei,
2. bei dem Bundesrat dahin wirken zu wollen, daß bis zur nächsten Kontingenterung der Branntweinsteuer eine Revision des Gesetzes vom 18. Juni 1895, die Uebänderung des Branntweinsteuergesetzes vom 24. Juni 1887 betreffend, ins Auge gefaßt werde, durch welche die Verringerung der gedachten Ungleichheiten allenthalben ermöglicht wird,
3. bei der nächsten Neukontingenterung ist bei den neuerrichteten Brennereien zur Veranlagung des Kontingentes nach denselben Gesichtspunkten zu verfahren, wie dies bei den alten Brennereien gegenüber geschähen ist, um eine Benachteiligung der letzteren zu verhüten,
4. soll vor der Steuerkontingenterung über Feststellungen und Grundlage derselben eine Kommission von sechs Brennereibesitzern berufen und darüber vernommen werden.

Der Regierungsvertreter erklärte zu diesen Beschlüssen ausdrücklich seine Zustimmung und Mitwirkung, soweit das persönlich in seinen Kräften liege.

Punkt 7 der Tagesordnung betrifft die Rückerstattung der halben Eingangsteuer für minderwertig erklärte, her Freibank überwiesene Kinder. Eine Verhandlung über diesen Gegenstand machte sich überflüssig, da vom Präsidenten v. Körner die Erklärung abgegeben wurde, daß das Ministerium bereits Schritte in diesem Sinne gefasst habe.

Zum 8. Punkt der Tagesordnung wird über die Berechnung der Mehlaufschüsse mit Rücksicht auf die Benutzung der Einfuhrscheine als Zollkontingente verhandelt. Es wird über die in immer höherem Maße sich steigende Verarbeitung ausländischen Getreides geklagt, das in ungenügenden Jahren bei ungenügender Ernte muß. Es werde sich fragen, ob nicht auch die Aufhebung der

Zollrückvergütung für ausgeführte Mehle in Form von Einfuhrscheinen, die in Form von Zollkontingenten verwendet werden, anzustreben sei. Ein Sonderauschuß hat die Frage beraten. Auf seinen Vorschlag wird ein Antrag angenommen, durch den das Ministerium ersucht wird, „darauf hinzuwirken zu wollen, daß die im Bericht angegebenen regulative und Ausführungsbestimmungen einer Abänderung nach der Richtung hin unterworfen werden, daß zwar eine Rückvergütung des Bolles für Getreide bei der Ausfuhr von Mehl auch fernerhin statfindet, daß aber die Berechnungsweise nicht dazu führen darf, über den wirklichen Zollbetrag hinaus thatsächlich noch eine Ausfuhrprämie zu gewähren, welche, da sie in Form von Einfuhrscheinen gegeben wird, als Einfuhrprämie für ausländisches Getreide wirken muß.“

Damit waren die Verhandlungen bis auf einige formelle Sachen zu Ende.

Adter Evangelisch-sozialer Kongress.

In der Specialkonferenz über das Arbeitergenossenschaftswesen sprach Dr. H. v. Wendtstern. Er ging dabei von folgenden Vorfällen aus:

1. Die Arbeitergenossenschaften in England, Belgien, Deutschland etc., soweit sie damit begannen, die Nachfrage, die Kunden zuerst sicher zu stellen und sodann, je nachdem, sich entweder als rein kaufmännische oder zugleich als Produktionsgenossenschaft für Nahrungsmittel-, Kleidungs- etc. Wohnungsbeschaffung auszugestalten, haben in den letzten Jahrzehnten ihre Lebensfähigkeit bewiesen.
2. Die deutsche Sozialdemokratie erblickt in erfolgreichen Arbeitergenossenschaften neben gewerkschaftlichen und politischen Organisationen ein weiteres Mittel, zu ihren Zielen zu gelangen, während sie den Gedanken einer Auffassung der kapitalistischen Produktionsweise durch bloße Entwicklung der Arbeitergenossenschaften für utopisch erklärt.
3. So gewiß die Sozialdemokratie in diesem Punkt recht hat, so gewiß irt sie in der Annahme, daß erfolgreiche Arbeitergenossenschaften auf die Dauer ihre Ziele verfolgen werden.
4. Die Genossenschaft macht den Arbeiter zum Unternehmer, zum Eigentümer.
5. Den auf Wohnungsbeschaffung gerichteten genossenschaftlichen Bestrebungen gebührt, weil sie offenkundigen Mißständen wirksam entgegenzuwirken wohl geeignet sind, weitgehendes aktives Entgegenkommen von Staat, Gemeinde und Kapitalisten, während den Genossenschaften, die andere Ziele verfolgen, nur und ausschließlich die gesetzliche Möglichkeit, sich als „Unternehmung“ auf wirtschaftlichem Gebiet frei zu entfalten, zuträglich ist.

Gemeinde-Zeitung.

Die nächste öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet Mittwoch den 16. Juni 1897 abends 6 $\frac{1}{4}$ Uhr im Sitzungssaal am Raschmarkt statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Erweiterung der Stadtbibliothek im alten Gewandhaus; die Eingabe des Hans- und Grundbesitzervereins zu Leipzig-Angers-Crotendorf, den Durchbruch der Weibelsstraße betr.; Herstellung der Reitplätze im neuen Kavallerie-Kasernement; Verwendung eines Betrages von den Mehrerträgen der Gasanstalten im Jahre 1896 zu einer außerordentlichen Abschreibung auf das Reservefonds unter Ueberweisung des Betrages an den Erweiterungsfonds der Gasanstalten.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Birna, 10. Juni. Das hiesige Schöffengericht verhandelte dieser Tage, wie die Sächsischen Arbeiterzeitung berichtet, in einer Privatklagefahde des Geschäftsführers des Konsumvereins Borkwits, Weigelt, gegen eine Frau Swinnes. Seit längerer Zeit wurde in geheimnisvoller Weise gemunkelt, daß W. sich von Geschäftsfirmen oder deren Reisenden Geschenke machen ließ zu dem Zweck, den Spendenenden zu Nutzträgern vom Konsumverein zu verhelfen. Diese Verdächtige berichteten sich schließlich zu einem Schreiben, das die Frau Swinnes an den Aufsichtsrat richtete, in dem eine Anzahl positiver Fälle angegeben war, die als Bestechlichkeit anzusehen wären. Deshalb wurde Herr W. vom Aufsichtsrat veranlaßt, gegen die Schreiberin des Briefes zu klagen. Der Aufsichtsrat kalkulierte: entweder die Briefschreiberin beweist ihre Angaben und wird freigesprochen, dann hat W. sich gegen den Verein vergangen und ist unmöglich geworden, oder die Angaben können nicht bewiesen werden, dann muß eine Verurteilung erfolgen und W. steht gerechtfertigt da. Für den gewöhnlichen Menschenverstand ist diese Logik eigentlich auch ganz richtig. Trotzdem ergab die Verhandlung ein nach dieser Richtung hin rein negatives Resultat. Bewiesen wurde nur, daß W. in einem Falle einen Niegel Seife im Werte von ca. 30 Pfg. zur Probe auf die Qualität von einem Fabrikanten erhalten hat, ohne irgendwelche Verbindlichkeiten eingeziehen. Trotzdem erfolgte Freisprechung. Das Gericht nimmt in der Begründung des Urteils an, daß die beschuldigten Thatsachen zum Teil erwiesen, zum Teil nicht erwiesen sind. Der Angeklagte wird der § 193, Wahrung berechtigter Interessen, zugebilligt. Selbst wenn aber angenommen worden wäre, daß irgend ein Beweis nicht erbracht sei, so könne eine Bestrafung nicht eintreten, da ja die angeblichen Vergehen Weigelt's gegen den Verein keine Vergehen seien, sondern diese Dinge bei der Stellung Weigelt's wohl nicht ganz unabweislich seien. Der Ausdruck Freisprechung, dessen Weichheit im Briefe geziehen wurde, für den Fall, daß er die Bestechungen leugne, könne hier nicht als in der Form beleidigend betrachtet werden, er bedeute wohl nur eine größere Betenuerung der Wahrheit dessen, was in dem Briefe ausgebrüllt sei. (!) Diese Logik wird bei dem Nichtjuristen wenig Verständnis finden.

r. Birna, 13. Juni. Eine hier stattgehende, schwach besuchte Parteiverammlung verhandelte über die Beschlüsse der Landeskongferenz und erklärte sich mit ihnen einverstanden. Die Abrechnung über die Markfeier hat einen Ueberschuß von 880 M. ergeben.

Im benachbarten Reudorf sind gestern vier Steinbrecher durch eine hereinbrechende Steinwand verunglückt. Einer davon ist tot, die anderen sind schwer verletzt. Der Steinbruch gehört der Firma Rasmann in Birna.

Der Birnaer Anzeiger, Amtsblatt etc., berichtet über ein auf Punkt 7 der Versammlung des Landeskulturates sich beziehendes Referat und diesbezüglichen Beschlüsse. Ueber diesen Punkt ist aber, weil erledigt, weder referiert noch beschlossen worden! Der Berichterstatter hat einfach die gedruckte Vorlage benutzt. Das ist ein neuer Beitrag zu den schon so oft geäußerten bürglichen Berichterstattungen.

Dohna, 13. Juni. Auf Klatsch scheint jene Nachricht von der Verhaftung des Provisors R., der eines schweren Sittlichkeitsvergehens bezichtigt wurde, an der hiesigen Woiwode zurückzuführen zu sein. Wie verlautet, hat sich schon der Gendarmerieweiger, die Verhaftung wegen ungenügenden Gründen vorzunehmen. — Trotzdem erfolgte ein Einschreiten der Polizei

Auf dem Amtsgericht Pirna verweigerte man aber die Annahme beziehungsweise Festsetzung des Verhafteten und entließ ihn sofort wieder, sogar ohne jegliches Verhör.

oo. Elsterberg, 13. Juni. Eine Versammlung erzgebirgisch-vogtländischer Ortskrankenkassen, die heute hier tagte, beschäftigte sich mit der schwebenden Aenderung der Unfallversicherung. Es wurde eine Resolution angenommen, nach der Zusammenlegung der bestehenden fünf Vereine, Erhöhung der Vollrente auf 75 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes und Uebernahme der Unfälle vom Entscheidungstage auf die Genossenschaften gefordert wird. Eine rege Debatte über die ärztlichen Bezirksvereine fand weiter statt und soll die Angelegenheit auf dem am 28. und 29. Juni in Leipzig stattfindenden Landesversammlung sächsischer Ortskrankenkassen noch besonders zur Sprache kommen.

oo. Reichenbach i. B., 13. Juni. In einer stark besuchten Volksversammlung referierte Genosse Meyer: Leipzig über: Die nächsten Landtagswahlen. In der Diskussion, die besonders lebhaft war, sprach u. a. Schmidt-Bischoff für die Beteiligung aus bloßer Parteibildung, obgleich er auf der Landesversammlung für Enthaltung gestimmt habe. Das Resultat war, daß am Schluß die Versammlung mit 104 gegen 41 Stimmen sich für Beteiligung aussprach, jedoch aber weit über hundert Anwesende sich der Abstimmung enthielten. Ein Komitee für die Wahlagitation wurde gewählt. Da der überwiegende Beamt ein Tag nach 12 Uhr nicht gestattete, wurden die Verhandlungen um diese Zeit abgebrochen.

Gotha, 13. Juni. Auf eine vom Abgeordneten Voß gegebene Anregung erklärte Staatsminister v. Svirre, daß über das preussische Vereinsgesetz keinerlei Verständigung zwischen der preussischen und coburg-gothaischen Regierung stattgefunden habe. Die Regierung hat die zweijährige Staatsperiode nunmehr endgültig angenommen.

Soziale Bruderschaft.

r. Dresden, 13. Juni. Nach den letzten Feststellungen streifen 134 Tischler, davon sind 44 verheiratet. In 84 Geschäften ist der Tarif bewilligt.

Die Glasergewerkschaft in Freiberg stehen gegenwärtig in einer Ruhebewegung. Die Berufsgenossen wollen deshalb den Zugang dahin vermeiden.

Die Chemnitzer Steinseherbewegung ist noch nicht zum Abschluß gekommen. In einer Versammlung erklärten die Gehilfen, an ihren Forderungen, die meistens bewilligt sind, festhalten zu wollen. Nur ein Kollege, und zwar der Leiter der Bewegung, ist noch außer Arbeit. Man hofft, es werde bald zu einer Einigung zwischen den Gehilfen und den Meistern kommen, die noch nicht bewilligt haben.

Weißenfels, 13. Juni. Die Bergarbeiterbewegung im Kohlenbezirk Teuchern bis Theissen gewinnt immer mehr an Umfang. Fast auf allen Gruben dieses Bezirks sind an die Grubenverwaltungen von den Arbeitern die bekannten Forderungen gestellt worden, die aber überall bei den Grubenbesitzern auf den entschiedensten Widerstand stießen. Daß sich die Verhältnisse immer mehr zuspitzen, beweist nicht nur die Thatsache, daß die Organisation unter den Arbeitern jetzt die schnellsten Fortschritte macht, sondern auch die in einer stark besuchten Versammlung in Luckenau einstimmig angenommene Resolution dahingehend, die aufgestellten Forderungen unter allen Umständen, nützlichfalls durch Einstellung der Arbeit, durchzudrücken.

Maurerstreik in Berlin. Eine von etwa 3000 Mauern von Berlin und Umgebung besuchte Versammlung beschloß am Freitag, vor einem Generalkstreik abzusehen, doch überall da einer partiellen Streik zu proklamieren, wo ein Stundenlohn von 60 Pfg. bei neunstündiger Arbeitszeit nicht bewilligt wird.

Die Streiks der Tischler und der Zimmerer in Hannover sind von den Arbeitern für beendet erklärt worden.

Die Betriebsunfälle auf deutschen Eisenbahnen — mit Ausschluß Bayerns — kosteten im April ds. Js. 48 Personen das Leben. Es wurden 5 Reisende, 27 Bahnbeamte und Bahnarbeiter im Dienst, 16 fremde Personen, einschließlich der nicht im Dienst befindlichen Beamten und Arbeiter, aber ausschließlich der Selbstmörder, getötet. Verletzt wurden 11 Reisende, 73 Bahngestellte im Dienst, 17 fremde Personen.

Der Prozeß um die Demmlersche Erbschaft, mit dem sich die Gerichte auf Verlassung der Schweriner Maurer und Zimmerer seit mehreren Jahren zu beschäftigen hatten, ist, wie der Grundstein mittelst, nun endgültig entschieden. Das Reichsgericht hat das Urteil des mecklenburgischen Oberlandesgerichtes, das den Klägern nicht günstig war, bestätigt. Die Forderungen der Maurer und Zimmerer sind somit mit ihnen aus dem Testament begründeten Ansprüchen auf die von Baurat Demmler für sie ausgesetzten Legate endgültig abgewiesen.

1. Schweizerischer Typographenbund. Die größte und bestorganisierte Arbeiterorganisation der deutschen Schweiz hielt über die beiden Pfingstfeiertage ihre 30. Generalversammlung in Chur ab, zu der sich etwa 500 schweizerische Buchdrucker eingefunden hatten. Die Verhandlungen fanden im Grobstrasssaal statt und wurden durchweg im Sinne und Geist der modernen Arbeiterbewegung geführt. Der Jahresbericht des Centralkomitees und die Rechnung werden ohne weiteres genehmigt. Bei der Beschlußfassung betreffend Anschluß an den schweizerischen Gewerkschaftsbund wurde nach anderthalbstündiger Debatte, in der sich das Centralkomitee alle erdenkliche Mühe gab, den Anschluß zu hintertreiben, doch mit 942 gegen 533 Stimmen das Centralkomitee beauftragt, mit dem Bundeskomitee über die Bedingungen des Wiedereintritts zu verhandeln. Das schwarze Blatt in der Geschichte der schweizerischen Buchdruckerbewegung wird dadurch wohl für immer beseitigt sein. Die Buchdrucker haben nun die seit zwei Jahren offene Wunde ausgefüllt und stehen wieder in Reih' und Glied mit der organisierten Arbeiterschaft. Auch die drohende Einführung der Sechsmaschinen kam zur Sprache, aber von mehreren Seiten wurde betont, daß die Befürchtungen viel zu übertrieben seien. Immerhin wurde das Centralkomitee beauftragt, einen Sechsmaschinen-Tarif auszuarbeiten und der Angelegenheit seine Aufmerksamkeit zu schenken. Bezüglich der Waise gelangte ein Antrag zur Annahme, der das Centralkomitee beauftragt, den schweizerischen Prinzipalen die Forderung auf völlige Freigabe des 1. Mai zu stellen.

Kopenhagen, 13. Juni. In Dänemark hat die Aussperrung der Maschinenarbeiter durch die Fabrikanten be-

gonnen. Es sind zur Zeit 4—5000 Mann arbeitslos. Pflicht der deutschen Arbeiter ist es, durch Vermeiden des Zuganges das ihre zu thun.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 14. Juni.

Genosse Bogentz ist am Sonnabend nach Verbüßung von 4 1/2 Monaten Gefängnis, die ihm als Redakteur des Altenburger Wähler in mehreren Verleumdungsprozessen auferlegt worden waren, gesund und munter aus der Strafkast in Altenburg entlassen worden. Gegen Genossen Bogentz ist jetzt noch ein Prozeß anhängig.

Zur Charakteristik der Sensationspresse, deren „wildigste“ Vertreterin die Leipziger Neuesten Nachrichten sind, äußerte sich Freiherr v. Marschall im Tausch-Prozeß nach dem nun im Druck vorliegenden Stenogramm wie folgt:

Es fing damals, und zwar anlässlich der Entlassung des Herrn v. Köller, ein förmlicher Hergeiz an in einzelnen Organen der Presse. Da wurden alle möglichen Verdächtigungen ausgesprochen, namentlich auch gegen mich. Es war das Organ des Herrn Dr. Ullman, die Leipziger Neuesten Nachrichten, und dann die Staatsbürgerzeitung, die seiner Zeit in einer strafrechtlich nicht fahrbaren aber ganz klaren Weise sagte, daß die Sache eigentlich in der Wilhelmstraße gemacht werde, wobei es zweifelhaft war, ob ich es allein gemacht oder mit Herrn v. Voelcker. Es wurde so hingestellt: die Offiziösen in der Wilhelmstraße hätten den Artikel lanciert, um Herrn v. Bronsart an höherer Stelle anzuschwärzen, und dann habe man Herrn v. Bronsart aufgehetzt, um zu glauben, es sei Herr v. Köller. Also damals war in einem Teile der Presse unverkennbar das Bestreben, alle die maßgebenden Personen untereinander zu verhasen und sie gegenseitig mißtrauisch zu machen. In diesem Sinne hat auch damals die anständige Presse die Sache aufgefaßt.

Aus dem Zeitalter des Ausbeterschutzes. Einen für die Abwehr von Ausständen durch die Arbeitgeber wichtigen Bescheld hat der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister vom Reichsamte des Innern erhalten. Der Verband hatte den Reichskanzler in einer Eingabe ersucht, eine Entscheidung darüber zu treffen, ob es nach Lage der Gesetzgebung zulässig sei, von den Angehörigen der Verbandsbindungen zu verlangen, daß sie keine Gesellen aus Orten, in denen Ausstände ausgebrochen sind, in Arbeit nehmen. Dem Baumeister Felisch ist nun vom Reichsamte des Innern eröffnet worden, daß der § 104 der Reichsgewerbeordnung dem Reichskanzler keinen Anlaß geben werde, gegen einen Beschluß des Innungsverbandes in der vorbezeichneten Richtung einzuschreiten. § 104 der Gewerbeordnung bestimmt: Das Statut darf keine Bestimmung enthalten, die mit den gesetzlichen Zwecken des Innungsverbandes nicht in Verbindung steht oder gesetzlichen Vorschriften zuwiderläuft. Die reichsgerichtliche Garantie des Koalitionsrechtes zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen scheint nach dem obigen Beschelde als überwunden betrachtet zu werden.

Nachdem die deutsche Kolonialgesellschaft jüngst ihre Generalversammlung in München abgehalten, wobei es ohne die obligate Bismarckausstellung nicht abging, fand gestern hier im Etablissement Bonorand eine Versammlung der Ableitung Leipzig der Kolonialgesellschaft statt, der u. a. der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, der ehemalige Gouverneur Major Wischmann und staatl. und städtische Beamten bewohnten. Auch „unser“ Gasse und der Afrika-reisende Dr. Hans Meyer waren anwesend. Den Vorsitz führte Oberreichsanwalt Hamm. Wisslons-Superintendent Ravensky sprach über die „Erfolge“ der protektionistischen Mission in den Kolonien und Hauptmann Michelmann über die Bevölkerungsverhältnisse in Ostafrika. Auch Herr Wischmann hielt eine Ansprache.

Die hier anwesenden National-Sozialen haben im Stadtpark eine Besprechung abgehalten, in der sie über Mittel und Wege berieten zur Finanzierung der Zeit und der Mannschaften Hilfe.

Die Ratshorloge über die teilweise Ausführung des Pro patria-Projektes ist den Stadtvorordneten zugegangen und gelangt heute zur Verteilung. Nach der Vorlage handelt es sich um den Ankauf der folgenden Grundstücke: Barfußgäßchen 2, 4, 6, 8 und 10, Markt 9, Klosterstraße 7, 9, 11 und 18, Kleine Fleischergasse 1 bis 81 von den ungeraden Nummern, sowie von den geraden Nummern die Grundstücke 16, 18 und 20, Rathhäusle 82 bis 88 (hier alle Nummern), Große Fleischergasse 13, 15, 17, 19, 20, 21, 22, 24, 26, 28 und Hainstraße (zur Ausführung der Verbindungsstraße zwischen Hainstraße und Großer Fleischergasse) die Grundstücke 9, 11, 13, 15 und 17.

Statistisches Notizbuch. Die bisher unzweifelhaft beste Erscheinung der Leipziger Anstaltsliteratur ist das Statistische Notizbuch für die Stadt Leipzig, das vom städtischen Statistischen Amt für die Zwecke der Industrie und Gewerbe-Anstellung zusammengestellt und zugleich bestimmt ist, den freiwilligenählern, die das Amt bei den beiden großen Erinnerungsgabe zu dienen. Das im Verlage von Dunder u. Humblot erschienene Schriftchen enthält die wichtigsten Angaben über das Wachstum der alten Stadt Leipzig und der einverleibten Vororte, die älteren Einwohnerzahlen unserer Stadt, das Wachstum der zehn größten deutschen Städte von 1861—1895, die Geburten, Todesfälle und Eheschließungen in unserer Stadt von 1876—1896, den Anteil des Geburtenüberschusses und der Wehrinwanderung am Wachstum unserer Stadt, die Altersklassenzusammensetzung in den deutschen Großstädten, Heimat und Alter der Leipziger Bevölkerung, die Einteilung der Standesamtsbezirke, die Religionsbekenntnisse und die einzelnen Parochien, die Zusammenlegung der Haushaltungen, die Stärke der Civil- und Militärbevölkerung, die Fläche und Bevölkerung der sächsischen Kreis- und Amtshauptmannschaften, das Wachstum der sächsischen Bevölkerung von 1815—1895, die Größenangaben der einzelnen deutschen Staaten, die Fläche und Bevölkerung der europäischen Staaten, die Einwohnerzahlen der größten Städte der Erde mit mehr als 300000 Einwohnern, die deutschen Städte mit über 20000 Einwohnern, Verzeichnisse der thüringischen und sächsischen Städte nach der Größe geordnet, die Hauptergebnisse der Berufszählung vom 14. Juni 1895, den Leipziger Wohnungsmarkt, das Leipziger Stammvermögen, die Leipziger Einkommensstatistik und Vergleiche mit anderen deutschen Städten, Schulstatistik, Entwicklung der Leipziger Straßenbahnen, die Ergebnisse der Reichstagswahlen im 12. und 13. Reichstagswahlkreis von 1867 bezw. 1871—1893, geschichtliche Angaben über die wichtigsten sächsischen und staatl. Gebäude, Staatsverhältnisse des deutschen Reiches, des Heeres und der Marine, Verbrauch und

Bestimmung der Lebensmittel, Handelsstatistik, die im Umlauf befindlichen Reichsmünzen, Seeverkehr, Post- und Telegraphenverkehr, Kriegswesen, Arbeiterversicherungswesen und ein erschöpfendes Sachregister, das die Auffindung der einzelnen statistischen Angaben sehr erleichtert.

Das alles findet der Leser auf 68 Seiten Tabellen in Kleinfoktabform. Das Schriftchen, dessen Anschaffung wir warm empfehlen, ist zum Preise von 40 Pfg. durch den Buchhandl' zu beziehen.

In der Buchdruckerwelt lesen wir: „Die Leipziger Verbandsbeamten berufen für Freitag eine Versammlung, die sich über die Ablehnung des Sechsmaschinen-Tarifs z. amüßieren soll, wieder ungezwungenermaßen nach einem nicht auf der Lokal-Liste verzeichneten Versammlungsorte (Stadt Pirna) ein. Ein Beitrag zur Solidarität mit der allgemeinen Arbeiterschaft für die üblichen 300 Versammlungsbesucher glebt es Arbeiterlokale die Fülle.“

Die neuen Universitätsgebäude werden morgen eingeweiht. Die Festlichkeiten beginnen bereits heute abend mit einem Fackelzug der Studenten. Durch Auf- und Abzüge z. werden heute und morgen wiederholt Sperren des Wagenverkehrs in der Nähe des Augustusplatzes vorgenommen werden. Die Geschäftsräume des Universitätsverwaltungsamtes bleiben morgen wegen der Feierlichkeiten geschlossen.

Anderweite Regelung des öffentlichen Handels an Sonn- und Festtagen. Die Handelskammer macht bekannt: Wie der Rat uns mitteilt, beabsichtigt er, den öffentlichen Kleinhandel mit Materialwaren, Schwarzwaren, Delikatessen, Tabak und Cigarren an Sonn- und Festtagen in Zukunft nur in der Zeit von 1/6 bis 1/9 vormittags und von 11 bis 1 Uhr mittags zu gestatten und dadurch eine einheitliche Regelung desselben mit dem Fleisch-, Fleischwaren- und Fischhandel herbeizuführen. Veranlaßt, uns gutachtlich hierüber zu äußern, fordern wir die beteiligten Kreise, insbesondere die Cigarrenhändler, hierdurch auf, ihre Meinung und etwaige Gegenwünsche unter Mitteilung der für sie maßgebenden Gründe schriftlich spätestens bis 25. Juni d. J. an unsere Kanzlei, Neue Börse, Tr. A., I., zu äußern.

Straßensperrungen. Wegen Asphaltierung wird die Theatergasse vom 14. d. M. ab auf die Dauer der Arbeiten für allen Fahrverkehr gesperrt. — Wegen Neupflasterung wird die Johannisgasse vom Augustusplatz aus streckenweise, dem Fortschreiten der Arbeiten entsprechend, von Montag den 14. d. M. ab auf die Dauer der Arbeiten für allen Fahrverkehr gesperrt.

Die Quartiergegeld-Entscheidungen für die im vorigen Monat in Alt-Leipzig und in Entrisch einquartiert gewesenen Mannschaften des 10. Infanterie-Regiments Nr. 134 und für die in Plagwitz einquartiert gewesenen Mannschaften des 14. Infanterie-Regiments Nr. 179 können in den nächsten drei Tagen im Quartieramt Roschmarkt 2, im I. Obergeschos, Zimmer 8, gegen eigenhändige Quittungsleistung erhoben werden. Das Quartierbillet ist zurückzugeben.

Ein blüher Sonderzug ins Erzgebirge wird nächsten Sonntag hier morgens 5 Uhr 40 Min. vom Bayerischen Bahnhof abgehen. Der Zug fährt nach Aue, Schönheider Hammer, Schwarzenberg und Johanngeorgenstadt. Der Fahrpreis beträgt für Hin- und Rückfahrt in II. Klasse 6 Mt., in III. Klasse 4 Mt. Der Fahrkartenerwerb beginnt Freitag den 18. Juni. Außer bei den Fahrkartenausgabestellen des Bayerischen Bahnhofes sind Sonderzugsfahrtarten auch bei Herrn Dittrich (Halleische Straße Nr. 2/4 und Weißstraße 82) und bei der Firma Riey (Petersstraße 17) verläuslich.

Im Wahl für männliche Obedachte sprachen in der Zeit vom 6. bis 12. Juni 122 Personen vor, von denen 119 aufgenommen, 3 zurückgewiesen wurden.

Von einer unskunigen Schieberei wird aus Deutsch gemeldet. Am Sonnabend nachmittag 5 Uhr puzte in der Waifenhausstraße Nr. 8 ein seit dem Herbst 1896 bei der Waffe dienender Soldat des 179. Regiments, das gegenwärtig in der Umgegend einquartiert ist, sein Gewehr. Von dem Sohne des Quartiergebers erhielt er eine scharfe Militärpatrone. Wie der betreffende in den Besitz dieser Patrone gekommen, ist bisher noch nicht aufgeklärt.

Im Hofe vor dem Fenster, an dem der Soldat puzte, standen mehrere Kinder, von denen ein Mädchen den Soldaten scherzweise aufforderte, doch einmal das Gewehr zu laden und auf einen bestimmten bezeichneten Knaben zu schießen.

Der Soldat ging ungläublicherweise auch auf die Aufforderung ein, lud und schloß auf den 8jährigen Kurt Jahr. Die Kugel durchbohrte dem Knaben die linke hohle Hand und die rechte Oberhand. Dann durchschlug die Kugel noch mit der Breitseite eine zollbide Platte und fiel zerborsten nieder.

Das Kind brach zusammen, raffte sich aber wieder auf, wurde provisorisch von einem Arzte verbunden und dann in das Krankenhaus St. Jakob übergeführt. Der leichtsinnige Soldat wurde von einem Feldwebel in Arrest geführt.

Ueber das Befinden des Knaben erfahren wir, daß, falls keine Infektionen hinzutreten, vielleicht schlimmere Folgen nicht eintreten werden. Natürlich wird erst der Verlauf des Heilverfahrens darüber positive Auskunft geben.

Unfälle. Der 15 Jahre alte Eisenbahnerlehrling Franz A. geriet mit dem linken Arm in eine Reispindel, so daß er schwer verletzt worden ist. Man legte ihm einen Rotverband an und brachte ihn dann nach St. Jakob. — Vom eigenen Geschire umgerissen und überfahren worden ist in der Hedwigstraße war plötzlich ein Fahrer einer Taxameterdrohse. Das Pferd war plötzlich schen geworden, durchgegangen, und hatte den Mann unerwartet umgerissen. Doch kam der Rutscher glücklicherweise ohne Verletzung davon.

Ein Kind von einem Motorwagen überfahren und getötet. In der Halleischen Straße in Mödern wurde gestern nachmittag das drei Jahre alte Söhnchen des in Gohlis, Braustraße 5, wohnhaften Tischlers Masteit von einem Motorwagen der Großen Leipziger Straßenbahn überfahren und sofort getötet. Dem Motorwagenfahrer soll ein Verschulden nicht beizumessen sein, indes ist das Resultat der Untersuchung abzuwarten.

Den schweren Verletzungen erlegen ist der Küchenchef, der, wie wir meldeten, am Freitag beim Spielen mit einem

Während des Revolver eine Kugel in den Unterleib erhielt. Er halb noch seiner Aufnahme im Krankenhaus an der erhaltenen Wunde verschied. — Ebenso ist jene Frau, die sich beim Feueranmachen durch Petroleumausgießen so glücklich verbrannt hatte, an ihren Wunden gestorben.

Brände. Durch einen Funken aus einer Lokomotive wurde am Sonabend mittags 12½ Uhr das Gras der Wäschung der Thüringischen Bahn in unmittelbarer Nähe des Bahnüberganges nach Eintrich in Brand gesetzt. Das Feuer verbreitete sich unheimlich schnell und verzehrte das von der Sonne gedörrte Gras, das stark qualmte. Doch konnten rasch herzugeeilte Bahnarbeiter das Feuer durch Sandaufwerfen ersticken, ehe es sich weiter ausbreitete. — Mehrere Kisten und Fässer waren in einer Seitenfabrik in der Chausseestraße zu L.-Neudnitz durch Kalk, der neben ihnen gelagert worden war, in Brand geraten. Die herbeigeholte Feuerwehr löschte den Brand in kurzer Zeit. — Eine auf freiem Felde an der Feldstraße in Wohlitz stehende Dreschmaschine verbrannte in der Nacht zum Sonntag. Wahrscheinlich liegt hier Brandstiftung vor, denn man fand in der Nähe mehrere Petroleumflaschen. — Der Arbeitsaal einer Buchbinderei in der Hospitalstraße brannte gestern morgen aus. Bis jetzt konnte die Entstehungsurache noch nicht ermittelt werden.

"Barte Bedienung." Saß da neulich ein Student bis in späte Nacht in einer Kneipe. Er fühlte sich recht wohl bei der freundlichen Bedienung, die ihm die Kellnerin, ein 20 Jahre altes Mädchen aus Ritzdorf, angedeihen ließ. Er fühlte sich so recht mollig —

Zu Augsburg im Golbren Stern hat mich die Kellnerin so gern! — Mit einem Hundertmarkschein wollte er die Beche bezahlen. Als aber die Kellnerin das übrige Geld herausgeben sollte, meinte sie ganz erkaunt, sie hätte den Schein für eine Blüte gehalten und ihn weggeworfen. Jetzt merkte der Student, wie gern ihn die Kellnerin habe. Er ließ sie auf die Polizeiwache holen. Dort fand man den Hundertmarkschein, den sie für Schein und nicht für echt gehalten haben wollte, in ihren Unterweidern.



Zugprogramm für Dienstag den 16. Juni. (Eittag.) Eintrittspreis: 1 Mk. Besondere Veranstaltungen: Jagdtrophäen-Ausstellung in der Gartenbauhalle. Kunstausstellung. Tiroler Bergfahrt. Alpenorama. Szenische Vorstellungen im Alt-Leipziger Musiktheater und im Thüringer Dörfchen. Elektrischer Ausflug im Wartburgpark. Stadtmuseum. Leuchtfantome zwischen 9½, und 10½ Uhr. Elektrischer Scheinwerfer. Deutsch-Ostafrikanische Ausstellung. Altenburger Singpielhalle. Hagenbecks Eismerpanorama. Hippodrom und Musterstall. Elektrisches Weltbiorama. Fesselballon. Wasserbahn. Nachmittags und abends Konzerte von drei Kapellen. — Am Abend findet, wenn die Witterung günstig ist, festliche Beleuchtung des gesamten Ausstellungspalastes durch 50000 bunte Lampen statt.

Die Inhaber von Dauerkarten oder von sonstigen zum künftigen Eintritt in die Ausstellung berechtigenden Karten machen wir darauf aufmerksam, daß die Ausstellungslöschung für verlorene oder entwendete Karten unter keinen Umständen Ersatz leistet.

Die Sommer-Gartenbau-Ausstellung in der Gartenbauhalle, die in der Zeit vom 1. bis 10. Juli stattfinden sollte, wird nach einem Beschlusse der beteiligten Gärtnere ausgesallen. Dafür wird der gärtnerische Schmuck des Platzes erweitert und vermehrt und das Hauptgewicht der gärtnerischen Einzelausstellungen auf die Herbstausstellung des Gartenbaues, die in der Zeit vom 1. bis 16. September in der Gartenbauhalle veranstaltet wird, gelegt werden. Durch das Ausfallen der Sommer-Gartenbau-Ausstellung wird die Gartenbauhalle frei, und es kann somit die Jagdtrophäen-Ausstellung, die sich eines lebhaften Zuspruches erfreut, um 10 Tage verlängert werden.

Von der Deutsch-Ostafrikanischen Ausstellung. Die Leitung der Deutsch-Ostafrikanischen Ausstellung hat den Anlauf eines Reizelphanten beschloffen. Das Tier ist mit seinem Wärter bereits in Hamburg eingetroffen und wird in wenigen Tagen in Leipzig sein.

Für eine Rundfahrt mit den Spreewaldbooten auf dem großen Teiche ist der Preis bis abends 9 Uhr auf 15 Pfg. herabgesetzt worden. Kinder zahlen die Hälfte. Nach 9 Uhr abends beträgt der Preis 25 Pfg. Eine Fahrt mit den Motorbooten auf dem Kanal kostet bei 10 Minuten Fahrdauer für Erwachsene 20 Pfg., für Kinder 10 Pfg. Diese Motorboote sind das neueste auf dem Gebiete des Schiffbaues.

Von Nah und Fern.

Katastrophe zweier Luftschiffe. Berlin, 13. Juni. Ein schwerer Unfall, dem der Luftschiffer Dr. Böfvert und sein Assistent, der Mechaniker R. Knabe zum Opfer gefallen sind, hat sich gestern abend auf dem Tempelhofer Feld durch die Explosion eines Luftballons ereignet. Der von der Berliner Gewerbeausstellung bekannte Privatluftschiffer Böfvert unternahm in Begleitung des Mechanikers Knabe mit seinem „leichten Luftschiff“ eine Probefahrt, nachdem er den Ballon bei der Luftschiffabteilung gefüllt hatte. Der Ballon hatte eine beträchtliche Höhe erreicht, etwa 1000 Meter, als eine starke Detonation erfolgte; in demselben Augenblick stand der Ballon in Flammen. Die Gondel löste sich von der brennenden Hülle und fiel brennend mit rasender Geschwindigkeit in der Nähe von Tempelhofer zur Erde. Man fand die beiden Insassen als Leichen vor, mit schweren Brandwunden bedeckt. Jedenfalls ist der Benzinmotor durch irgend einen Zufall explodiert und hat hierdurch die Katastrophe herbeigeführt. Herr Böfvert hatte die Versuche mit seinem Luftschiff im Interesse eines Konjunktions-Unternehmens, das seine Ideen fördern wollte. Kurz vor der Auffahrt erklärte Dr. Böfvert einem Bekannten gegenüber: „Das ist meine letzte Fahrt, entweder sie gliückt oder ich bin eine Leiche.“ In der Gondel befand sich die Triebkraft der Flügel, ein Benzinmotor, dieser war mit 80 Liter Benzin gefüllt. Als man den Motor entzündete, schlugen schon aus den beiden Seitenkammern des Kessels Flammen heraus. Das wurde aber nicht weiter beachtet und die Auffahrt erfolgte. Das Problem der Leichtigkeit des Luftballons erschien gelöst. Herr Dr. B. hatte die Aufgabe, nach Ritzdorf und von da zurück nach der Luftschiffwerkstätte zu fahren. Die Aluminiumflügel trieben vorzüglich gegen den Nordwestwind. Schon hatte das Luftschiff die Tempelhofer Chaussee gekreuzt, als plötzlich, nach fünf Minuten Fahrt, eine gewaltige Flamme aus der Gondel emporströmte, im nächsten Augenblick erlönte ein Knall und in einem Moment wurde der Ballon ein furchtbares Flammenmeer. Vom Winde getrieben flogen die brennenden Ueberreste über die Ringbahn hinweg und fielen dicht an dem Bahndamm auf den Zimmerplatz von Hölzel u. Treimer, Tempelhofer, Ringbahnstraße, nieder,

während das Ruder unverfehrt auf dem Tempelhofer Felde gefunden wurde. Eine gewaltige Rauchwolke zeigte die Stelle an, an der die Opfer der Katastrophe zu suchen waren. Der Motor grub sich fast einen Meter tief in die Erde. Holzarbeiter sprangen sofort herzu, um zu retten und zu löschen. Es ergab sich aber, daß der brennende Ballon gerade auf die Pumpe gefallen war und so die Arbeiter vom Wasser abhelt. Als man sich mit Mitteln einen Weg durch die Flammen gebahnt hatte, fand man die beiden Opfer der Katastrophe. Dr. Böfvert war vollständig unkenntlich, Haar und Bart total verfehrt, die Augen ausgebrannt, die Hirnschale zertrümmert, so daß Blut und Hirn am Boden verstreut waren. Die Kleider sind verkohlt, der Leib aufgeschliffen, so daß die Eingeweide hervordrangen; trotzdem gab er noch schwache Lebenszeichen. Mechaniker Knabe ist durch Zerschmetterung des Kopfes getötet, die Hirnschale war gespalten, ein Bein gebrochen.

Dr. Böfvert, der Theologie studiert und auch als Geistlicher kurze Zeit amtiert hat, stammt aus Thüringen und war 46 Jahre alt. Er war schon seit etwa 20 Jahren bemüht, das Problem des leichten Luftschiffes zu lösen. Er hat sein Vermögen dieser Idee geopfert, wollte dann zur Verwirklichung seines Planes eine Genossenschaft gründen und hoffte schließlich von der vorjährigen Gewerbeausstellung eine Förderung seiner Projekte. Alle seine Pläne schlugen aber fehl, schließlich fand er einen Kapitalisten, der ihm zu dem neuen Luftschiff wieder Geld vorschob.

Vertrafte Euginvächter. Düsseldorf, 12. Juni. Die Verleibungsklage Bona Barrison und ihres Mannes Fleuron gegen den Chefredakteur des Kritik, Waldemar Otto, hat nun mit der Beurteilung des Redakteurs Otto geendet. Dieser wurde zu 500 Mk. Buße, der Verleger Link zu 100 Mk. Buße und beide solitärlich zu 1000 Mk. Buße verurteilt. Außerdem wurde den Klägern das Recht der Veröffentlichung des Urteiles zugesprochen.

Der verunglückte Euginvächter Otto hatte, wie wir schon gemeldet haben, aus „Sittlichkeitsgründen“ die Bona Barrison und ihre Geschwister als „Auswurf der Menschheit, schamloses Weib, Königin der Unterhose und mit vielen ähnlichen Ausdrücken bezeichnet und ihre unsittliche Handlungen nachsagelt. Ursache: Konkurrenzneid.

Fabrikbrand. Aachen, 13. Juni. Gestern brannten hier die Tuchfabriken von R. Salomon, von Schneider u. Burgardt und von C. Kähr sowie die Spinnerei von Schneider u. Singer vollständig und die Spinnerei von Käber Lemery teilweise nieder. Der Schaden ist sehr bedeutend. Eine große Anzahl Arbeiter sind brotlos geworden.

Brückenbrände. Rheinfelden, 12. Juni. Die gedeckte hölzerne Rheinbrücke auf badiischer Seite steht in hellen Flammen und ist wahrscheinlich verloren. Das Dach ist noch nicht ergriffen, aber der hölzerne Unterbau brennt in der ganzen Ausdehnung. Die Ursache des Brandes ist noch nicht bekannt.

Bogen, 13. Juni. Die Eisenbrücke bei Bogen ist heute durch Feuer gänzlich zerstört worden.

Schiffsuntergang. Der belgische Dampfer Bille de Bruxelles (Stadt Brüssel) ist an der Insel Reunion mit Mann und Maus untergegangen.

Eisenbahnkatastrophe. London, 13. Juni. Ein aus Barmouth (Wales) nach Oldham zurückgehender Bergnütungszug ist bei Welsh Hampton zehn Meilen von Oswestry entgleist. Neun Passagiere wurden getötet, fünfundsiebzig verletzt.

Hochwasser. Semlin, 14. Juni. Das Hochwasser durchbrach die Schutzdämme zwischen Kubin und Ivanowa. Beide Gemeinden wurden überflutet. Mehrere Dampfer sind von hier zur Rettung der Einwohner abgefannt worden.

Vermischtes.

Der Gebirgsaufenthalt. Für die wohlthätigen Einwirkungen des Gebirgsaufenthaltes auf unseren Organismus hat es bisher an einer genügenden Erklärung gefehlt. Die Experimente, die die Wirkungen des Hochgebirges auf unseren Organismus, wie sie sich besonders auch als sogenannte Bergkrankheit zu erkennen geben, erklären sollten, wurden seither im pneumatischen Kabinett gemacht. Doch hier entsprachen die Resultate nicht den Erscheinungen in der Praxis. Während Symptome der Bergkrankheit sich meistens bei 4-5000 Meter Höhe einstellen, können im pneumatischen Kabinett Luftverdünnungen ertragen werden, die einer Höhe von 5500-6100 Meter entsprechen. Der Professor der Physiologie an der landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin Dr. R. Sump und der Kandidat der Medizin R. Jung veröffentlichten nun in der Zeitschrift Himmel und Erde Versuche, die sie im Hochgebirge selbst unter großen Schwierigkeiten angestellt haben, und brachten zum erstenmal den exakten wissenschaftlichen Beweis, daß wirklich im Gebirge der Stoffumsatz ein erhöhter ist.

Dies war schon lange eine Annahme der Aerzte zur Erklärung der Heilwirkung des Hochgebirgsklimas. Jedoch beruht diese Stoffumsatzsteigerung nicht auf der Luftverdünnung, sondern auf Reizen, die das Nervensystem treffen und „mäßig einwirken, wohlthun und beleben, wenn sie aber über eine gewisse Grenze hinausgehen, erschöpfen und tödnen.“ Die anfangs wohlthunenden Reize werden bei Ueberschreitung der für unsere individuellen Anlagen passenden Höhen jenen Symptomenkomplex — Kopfschmerz, Schwindel, Uebelkeit, Erbrechen u. hervorgerufen, die man „Bergkrankheit“ nennt.

Briefkasten der Redaktion.

H. A. 1. Davon ist uns nichts bekannt; ähnliche Gerüchte kursieren übrigens mehrfach. 2. Berechnungen nur zum einmaligen Eintritt 3. Lauten auf einen bestimmten Tag. Streithähne, Pflanz. Sind zwei verschiedene Pflanzen, die oft verwechselt werden. H. G. Wir müssen uns selbstverständlich erst genau informieren, um so mehr als es sich für Sie nach Ihrer Entlassung anscheinend um einen Raueakt handelt. Ihre einseitige Unterstellung, die Sie sich uns gegenüber erdienten, machen Ihre Behauptungen übrigens nicht glaubwürdiger.

Auskunft in Rechtsfragen.

G. G. 28. 1. Sie können hier oder in Halle verklagt werden. 2. Die Höhe wird vom Gericht festgesetzt. Etwa 8 Mk. pro Monat. 3. Die Taxkosten haben Sie zu bestreiten. 4. Wenn Sie dafür den Nachweis erbringen, werden Sie nach preussischem Recht nicht zur Zahlung verurteilt. Sebastian Bach-Straße. Ist eine Bestimmung des neuen bürgerlichen Gesetzbuches, das erst 1900 in Kraft tritt. Jetzt auf neue etwas zu unternehmen, ist aussichtslos. Die rückständigen Alimamente verjähren übrigens erst in 30 Jahren. A. A. Wenden Sie sich an Ihren Rechtsanwalt, der Sie im Prozesse vertreten hat. Vermuthlich handelt es sich um rückständige Alimamente oder um solche für Kinder. 70 B. Eines neuen Gewerbescheines bedarf es nicht. Welden Sie aber die Ausdehnung des Handels bei der Gewerkepolizei an.

Veranstaltungskalender. Montag: Verein Gewerkschaftler. Coburger Hof. Windmühlengasse. Abends halb 9 Uhr. T. D.: 1. Die Unterstimmung ausständiger Streiks. 2. Mittelungen über das Gewerkschaftsleben. 3. Vereinsmitteilungen. Dienstag: Mäurer. Pantheon, Dresdenstr. Abends halb 8 Uhr. T. D.: Die Stellungnahme des Bauarbeiterverbandes zur Verbesserung der Stundenlöhne und der Verhältnisse der Arbeiter. Abends halb 9 Uhr. Musikantenkasseler. Thüringer Hof, Wallmarktplatz. Abends halb 9 Uhr. T. D.: 1. Die Unterstimmung der Mäurer und die Söhn- und Arbeiterverschlüsse der Schlosser. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.

Theatervorstellungen. Neues Theater. Montag den 14. Juni: 158. Abonn.-Vorstellung (2. Serie, rot). 2. Gesamt-Gastspiel der Opern-Mitglieder des Königl. Hoftheaters in Stuttgart. Zum erstenmal: Zancus. Dyrtsche Oper in 1 Akt (frei nach Coppées Wanderer) von G. Targioni-Tozzetti und G. Menasci. Deutsch von H. Wittmann u. G. Schäfer. Musik von Pietro Mascagni. Regie: Königl. Oberregisseur August Harlach. Direktion: Königl. Hof-Kapellmeister Aloys Obrist. Janello ... Anna Sutter Silbo ... Théo von Bessie Ort der Handlung: Vor einer Villa in der Nähe von Florenz. Zeit: XVI. Jahrhundert. Hierauf: Sicilianische Bauernchöre. (Cavalleria Rusticana.) Oper in einem Aufzuge nach dem gleichnamigen Volksstück des G. Verga von G. Targioni-Tozzetti und G. Menasci. Deutsch von G. Berggrün. Musik von Pietro Mascagni. Santuzza, junge Bäuerin, Turiddu, Liebhaber Elsa Wiborg Turiddu, ein junger Bauer Peter Müller Lucia, seine Mutter Johanna Brodenhammer Alfio, ein Fuhrmann Karl Souer Lola, seine Frau Anna Sutter Eine Bäuerin. Landleute. Kinder. Die Handlung spielt am Ostersonntag-Morgen in einem kleinen sicilianischen Dorfe. Nach der 1. Oper findet eine längere Pause statt. Einlass 7¼ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende nach 7¼, 10 Uhr. Opern-Preise. Billet-Verkauf an der Tageskasse von 10 (Sonnt. u. Festtag von 10½) bis 3 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit Aufgeld von 80 Pfg.) von 1-3 Uhr. Spielplan: Dienstag: Die Fledermaus. Anfang 7 Uhr. — Mittwoch: Universitas litterarum. (Das Leben unserer Unberührt.) Anfang 7 Uhr. — Donnerstag: Zum erstenmal: William Ratcliff. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Der Postillon von Loujumeau. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Kiba. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater. Montag den 14. Juni: 14. Gesamt-Gastspiel der Mitglieder vom Berliner Theater unter Leitung des großherzogl. badiischen Hoftheater-Intendanten a. D. Aloys Prach. Die Bräuer. Schauspiel in 4 Aufzügen von Paul Lindau. In Scene gesetzt von Georg Droscher. Gottfried Hallenberg, Landgerichtsrat u. Unterfuchungsrichter Arthur Kraußneck Martin, sein Bruder, Krähstift Viktor Senger Reinhold Tempelin Georg Droscher Kelly Sand Maria Hopfshilf Alia Frohsdorf Ilba Hofler Ditroit, Juwelenschäbler Albert Wassermann Dittmann, Polizeikommissar Emil Chouy Stolpe, Forstwärter Willy Lauren Frau Stolpe Sophie Kannée Joseph Attenborfer, deren Neffe Roy Bohl Ulstete, Kellys Kammerjungfer Rose Grob Käsel, Gerichtschreiber Casar Bed Gerichtsdiener Willy Krauß Frau Sand, Kellys Mutter Marie Grimm-Eindöbhofer Der 1. Akt spielt im Hochsommer in Wannsee, die folgenden in Berlin. Nach dem 2. Aufzuge findet eine längere Pause statt. Einlass 7¼ Uhr. Anfang 7¼ Uhr. Ende geg. 10 Uhr. Gew. Preise. Billet-Verk. a. d. Tages-Kasse v. 10 (Sonnt. u. Festt. 10½) bis 3 Uhr. Vorverkauf f. d. nächst. Tag (n. Aufg. v. 30 Pfg.) v. 1-3 Uhr. Spielplan: Dienstag: Die goldene Eva. Anfang 7¼ Uhr. — Mittwoch: Jugend. Anfang 7¼ Uhr. — Donnerstag: Die goldene Eva. Anfang 7¼ Uhr. — Freitag: Der Schlagbaum. Anfang 7¼ Uhr. — Sonnabend: Jugend. Anfang 7¼ Uhr.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten. Dienstag: Speiseplan I (Johannisplatz): Kartoffelrücken mit Schöpfensfleisch. Speiseplan II (Rosenthalgasse): Rubeln mit Kalbsfleisch. Bericht über die Leipziger Produkten-Börse. Sonnabend den 12. Juni 1897. (Mitgeteilt von Gebrüder Wagh.) Weizen per 1000 kg netto inländischer 180-148 bez. Bf. ausländischer 178-188 Bf. Roggen per 1000 kg netto hiesiger trockener 110-119 bez. Bf. do. feuchter 100-105 Bf. Posener 126-129 bez. Bf. ausländischer 122-127 bez. Bf. Braugerste Gerste per 1000 kg netto Mahl-u. Futterware 105-125 bez. Bf. inländ. unberogn. 142-146 bez. Bf. do. berognet. 129-138 bez. Bf. ausländischer 188-146 bez. Bf. Mais per 1000 kg netto amerkanischer 88-91 bez. Bf. runder 88-91 bez. Bf. Raps — Oelsaat per 1000 kg netto Rapskuchen p. 100 kg netto Rüböl per 100 kg netto frei Haus hier ohne Fass geschäftlos 55. — nominell Anssoramtlich. Mais per 100 kg netto Ia. Saal 14 M. loco 27.50-28.50 M. Wicken per 1000 kg netto loco 140-150 Erbsen per 1000 kg netto loco grosse 155-175 do. kleine 140-160 do. Futter 180-140 Bohnen per 100 kg netto loco 19-22 rot nach Qualität 95-115 weises n. Qualit. 90-120 gelb nach Qualit. 88-45 schwed. n. Qualit. 60-100 Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig und Umgegend, notieren: Weizenmehl Nr. 0028.50-24.00 Roggenmehl Nr. 0 17.50-18.00 per 100 kg Nr. 0 22.00-22.50 per 100 kg } I 17.50-18.00 exkl. Sack " I 17-18.00 M. exkl. Sack " II 15 M. " II 16.00-17 M. Roggenkleie M. 9.25-9.75 per Weizenschalen 8.25-8.75 M. 100 kg exkl. Sack. Ausserdem wurden notiert nach den Angaben der Leipziger Spritfabrik. Spiritus (unversteuert) mit 50 M. Verbrauchsabgab. 58.90 M. p. 10000 Liter %, ohne Fass 70 M. 39.20 M. 50 M. 58.40 M. Dienstag, 8. Juni 70 M. 88.70 M. Geld